

GEWERBE AKTUELL - sgv-Präsident Bruno Zuppiger über die Irrwege der schweizerischen Sozialpolitik. 4

WIRTSCHAFT & POLITIK - Die Swissness-Vorlage und das Präventionsgesetz taugen bloss für den Papierkorb. 5/10-11

SERVICE & BERATUNG - Die LED-Technologie macht enorme Fortschritte und spart viel Lichtenergie. 6

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

AZA 3001 Bern

DIE WOCHENZEITUNG FÜR KMU

DIE MEINUNG



Marco Taddei,
Vizedirektor
Schweizerischer
Gewerbeverband sgv

Das E-Government hilft massiv sparen

Reduktion der Regulierungskosten um 10 Milliarden Franken bis 2018: So lautet eine der Hauptforderungen der vom Schweizerischen Gewerbeverband Ende Mai 2010 in Lugano verabschiedeten Resolution. Gewiss, ein ambitioniertes Ziel, aber ein realistisches. So ist es beispielsweise Deutschland gelungen, die Regulierungskosten in der kurzen Zeit seit Anfang 2007 um rund 5 Milliarden Franken zu senken. Bei den angestrebten 10 Milliarden Franken für die Schweiz stellt sich also folgende Frage: Was ist zu tun, und wo muss interveniert werden, um die enormen administrativen Kosten zu verringern?

Die Antwort ist klar: Es genügt, die Anzahl der mehr als 4000 gesetzlichen Erlasse zu reduzieren und die unzähligen Reglementierungen, die täglich aus der Küche des Bundes, der Kantone und der Gemeinden kommen, zu vereinfachen. Der Haken an der Sache ist, dass jede gesetzliche Änderung aufgrund des Perfektionismus und der berühmten Kompromissfindung viel Zeit braucht. Deshalb ist die kurzfristige Abhilfe beim E-Government, dem elektronischen Regieren und Verwalten, zu suchen.

Das vor einigen Wochen lancierte neue Identifikationssystem SuisseID scheint das geeignete Mittel zu sein, um viele Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Die Cyberadministration sollte damit endlich ihr enormes Potenzial zur Vereinfachung der administrativen Abläufe entfalten können. Künftig können (und sollen) KMU-Chefs die meisten administrativen Pflichten ganz simpel auf dem elektronischen Weg erledigen – an ihrem Arbeitsplatz, 24 Stunden am Tag, sieben Tage pro Woche. Sogar bei der Mehrwertsteuer werden nervtötende Abläufe wie das Unterstellungsprozedere, das Übermitteln von Abrechnungen oder die Durchführung von Kontrollen beschleunigt. Für die rund 300 000 MWSt-pflichtigen KMU bringt SuisseID hohe Kosteneinsparungen, die ebenso wichtig sind wie die Erleichterungen, die mit der seit Anfang dieses Jahres geltenden Revision des Bundesgesetzes über die MWSt einhergehen.

SuisseID wird aber nur Erfolg haben, wenn die Verwaltung konsequent die möglichen Potenziale nutzt und die KMU von diesem echt günstigen und benutzerfreundlichen Angebot wirklich Gebrauch machen. Die digitale Zukunft hat längst begonnen – wer zu spät kommt, den bestraft die Konkurrenz.

MEHR ZUM THEMA AUF SEITE 2

ÖFFENTLICHES BESCHAFFUNGSWESEN - Die führenden Verbände der Baubranche und der sgv setzen sich für transparente und KMU-freundliche Lösungen ein.

Gebote für faire Vergaben

Man stelle es sich vor: Ein Thurgauer Tiefbauunternehmen möchte an einem kantonal ausgeschriebenen Strassenprojekt teilnehmen. Weil das Unternehmen klein ist, schliesst es sich mit einem anderen zu einer Bietergemeinschaft zusammen. Nach sorgfältigem Studium der Unterlagen werden die Offerten zusammengestellt und eingereicht. Planungen beginnen, auf die Vergabe wird gewartet. Und dann kommt es anders, als man denkt: erstens seien Bietergemeinschaften ausgeschlossen, zweitens betrifft das Projekt auch spezielle Grünanlagen (wofür es ein besonderes Know-how braucht), und drittens sollen sich die Unternehmen an Angebotsrunden beteiligen. Was bedeutet das? Einfach: Das Thurgauer Unternehmen wird sich nicht am Strassenprojekt beteiligen können.

Klare Vorgaben

Der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) und der Fachverband infra haben schon zu viele von den oben angesprochenen Fällen erlebt, deshalb haben sie kürzlich eine Broschüre zum Thema öffentliches Beschaffungswesen herausgegeben. «Zielführende Ausschreibungen und faire Vergaben» fasst die Standpunkte in zehn Postulaten zusammen. Das erste ist «Der Bauherr muss wissen, was und wie er bauen will». Was sich logisch anhört wird, in Praxis oft vernachlässigt. Arbeiten, die erst



Nicht nur die Landschaftsgärtner brauchen Aufträge von den «Grossen»: Die KMU sind darauf angewiesen, dass im ganzen Baugewerbe Bietergemeinschaften akzeptiert werden.

während des Projekts zusätzlich anfallen – die Strasse gekoppelt an die Gartenanlage im Beispiel –, verletzen dieses erste Postulat. Insbesondere sind spätere Kostenkürzungen problematisch.

Das siebte Postulat bringt ein brisantes Thema zum Punkt, «Angebotsrunden sind untersagt». Die Preisverhandlungen zwischen Bauherrn und Anbietern verzerrten den Wettbewerb – insbesondere, was die Leistung angeht, denn ein faires System berück-

sichtigt mehr als nur den Preis. Risikoverteilung, Sicherheit, Gesundheitsschutz, sorgfältige Planung und Qualität gehören ebenso zur Offerte wie die Kosten, und deshalb sind sie auch öffentlich zu bewerten. Mit diesen 10 Geboten stellen der Baumeisterverband und die infra ein gewichtiges Kriterienkatalog für die Messung der Güte des öffentlichen Beschaffungswesens auf. Und noch mehr: es fasst die Anforderungen an Klarheit und Fairness zusammen.

Ungesetzliche Praxis

Das Thurgauer Tiefbauunternehmen aus dem Anfangsbeispiel hat noch ein Problem, die Bietergemeinschaft. Für viele KMU ist diese Form des projektbezogenen Zusammenschlusses sowie die Anstellung von Subunternehmen die einzige Möglichkeit, bei Grossprojekten mitzuwirken. Auch wenn verschiedene Gesetze verlangen, dass der Ausschluss von Bietergemeinschaften nur ausnahmsweise erfolgen darf und zwingend begründet sein muss, ist die Praxis weit davon entfernt. In über 90 Prozent der Fälle werden sie un begründet ausgeschlossen. Nationalrätin Sylvia Flückiger-Bäni und der sgv haben dies zum Anlass genommen, im Nationalrat eine Motion einzureichen, die verlangt, dass Bietergemeinschaften und Subunternehmen nicht ausgeschlossen werden dürfen und dass sie gemeinsam – als Ganzes und nicht jeder einzeln – die definierten Anforderungen erfüllen müssen.

Die Positionen des Baumeisterverbands und der infra sowie die Aktionen des sgv zielen darauf ab, endlich Klarheit und Qualität im öffentlichen Beschaffungswesen zu schaffen. Wer weiss, vielleicht gelingt es dem Thurgauer Tiefbauunternehmen, die Behörden zu disziplinieren.

Henrique Schneider

LINK

www.baumeisterverband.ch

WIRTSCHAFTSAUFSCHWUNG - Der Schweiz droht bereits ein Mangel an gut ausgebildetem Personal.

Die Fachkräfte sind schon wieder knapp

Experten wie Alan Greenspan, Ex-Chef der US-Notenbank, sprachen noch vor einem Jahr gerne von einer Krise, «welche die Welt seit den 1930er Jahren nicht mehr gesehen hat». Doch jetzt scheint es wieder schnell aufwärtszugehen, zumindest in der Schweiz. Für viele Firmen – auch solche im KMU-Bereich – ist die Wende sogar schneller gekommen, als sie sich erhofft hatten. Kein Wunder deshalb, dass es vielfach dringend neues Personal braucht.

Ein zuverlässiger Indikator der tatsächlichen Lage auf dem Schweizer Arbeitsmarkt sind die Daten von Swisstaffing, des Branchenverbandes der Temporärarbeitsvermittler-Firmen. Deren Direktor Georg Staub staunt: «Im vergangenen Juni ist das Temporärarbeitsvolumen gegenüber dem Vorjahr massiv gewachsen, und



Swisstaffing-Chef Georg Staub: «Wir schauen uns wieder im Ausland um.»

zwar um satte 18,5 Prozent. Eine derart hohe Wachstumsrate wurde seit über drei Jahren nicht mehr verzeichnet.» Jobs zuhauf würden vorab in der Bauwirtschaft und in der produzierenden Industrie angeboten. Laut Staub seien insbesondere qualifizierte Fachkräfte gesucht. «Wir schauen uns wieder im Ausland um», hält der Swisstaffing-Chef fest.

Urs Schüpbach, seit April CEO von Manpower Schweiz, bestätigte am Jahresmediengespräch seiner Firma diese Aussage. Spezialisten fänden sich derzeit vor allem im Ausland. «Wir müssen ehrlicherweise sagen, dass wir in gewissen Branchen nicht mehr ohne Einwanderer arbeiten könnten.» Glücklicherweise hätten viele Unternehmen dank Kurzarbeit viele Leute halten können, sagte Schüpbach. Während der Sommerferien werde nun teils voll durchge-

arbeitet in den Betrieben. Auch der Manpower-Manager ist jedoch überrascht: «Es ist unglaublich, wie viele neue Arbeitskräfte gebraucht werden.» Bei zwei Prozent Wachstum würde sogar mehr Personal benötigt, als im Zuge der Rezession abgebaut worden sei. Der Mangel betreffe immer mehr die gewerblichen KMU, betonte Schüpbach: «Handwerkliche Berufe haben bei Jugendlichen an Attraktivität verloren und dort fehlen bereits die Lehrlinge.»

Staub und Schüpbach sind sich auch in einem weiteren Punkt einig: Die vielen offenen Stellen werden dazu führen, dass die Saläre in die Höhe schnellen werden – allerdings nur für Fachkräfte in den Boombranchen.

Lu

MEHR ZUM THEMA ARBEITSMARKT
AUF SEITE 7

CHRISTIAN WEBER – Der Leiter E-Government für KMU im Staatssekretariat für Wirtschaft SECO ist zuversichtlich, dass sich die im Mai eingeführte elektronische Unterschrift durchsetzen wird.

«Die SuisseID ist ein Erfolg»

Gewerbezeitung: Anfang Mai wurde die SuisseID der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf welches Echo ist diese Neuerung gestossen?

■ **Christian Weber:** Sowohl die Medienberichterstattung als auch die Nachfrage von Firmen und Institutionen haben unsere Erwartungen übertroffen.

SuisseID ist europaweit bisher einmalig. Wie konnte ein solches Projekt so schnell aufgegleist werden?

■ Bereits während der Ausarbeitung des Stabilisierungspakets im Jahr 2008 wurde die Projektorganisation aufgezogen. So konnten wir nach dem positiven Entscheid durch das Parlament zügig voranschreiten. Da das Projekt im Rahmen der befristeten Stabilisierungsmassnahmen abläuft, waren alle Beteiligten zu raschen und unkomplizierten Lösungen bereit. Der Zeitdruck war somit ein klarer Vorteil.

«ALLE BETEILIGTEN WAREN ZU RASCHEN UND UNKOMPLIZIERTEN LÖSUNGEN BEREIT. – DER ZEITDRUCK WAR SOMIT EIN KLARER VORTEIL.»

Das SECO holte neben der Post auch die Privatfirma QuoVadis als Hauptpartner ins Boot. Was war der Grund und wird dieses Beispiel Schule machen?

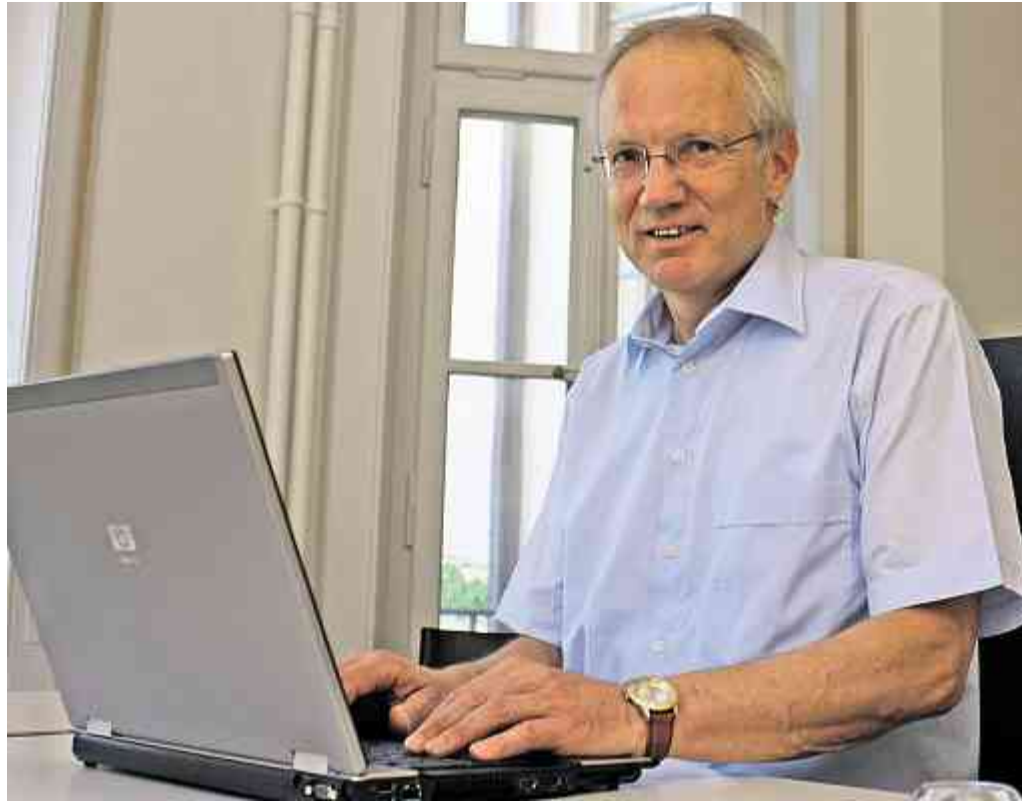
■ Es gibt Länder, in denen der Staat die elektronische Identität im Sinne eines hoheitlichen Aktes an seine Bürger ausrollt, beispielsweise in Deutschland. Und es gibt Länder, die diese Aufgabe an privatwirtschaftliche Unternehmen delegieren, zum Beispiel Holland. In der Schweiz hat sich der Bundesrat bei der Gesetzgebung vor sechs Jahren für die privatwirtschaftliche Variante entschieden. Die SuisseID basiert auf dem Bundesgesetz über die elektronische Signatur (ZertES). Es gibt vier gesetzlich anerkannte Anbieter für qualifizierte elektronische Zertifikate. Einer davon ist die QuoVadis Trustlink Schweiz AG. Die weiteren Anbieter sind die Schweizerische Post / Swiss-Sign AG, die Swisscom (Schweiz) AG und das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation. Alle vier Anbieter wurden von Beginn an in den Entwicklungsprozess für die SuisseID einbezogen.

Haben schon ausländische Interessenten bei Ihnen angeklopft?

■ Ja, Delegationen aus Frankreich und Schweden waren bereits bei uns zu Besuch und waren sehr interessiert an der SuisseID.

SuisseID ist seit Mai aus den Schlagzeilen der Tageszeitungen verschwunden und zum Thema für Fachpresse geworden. Ist das Absicht oder schlicht eine PR-Panne?

■ Die Lancierung der SuisseID ist in den Publikumsmedien auf breite Resonanz gestossen. Seither fokussieren wir unsere Kommunikationsmassnahmen vor allem auf Fachmedien, um möglichst viele Firmen und Institutionen als Anwendungsanbieter zu gewinnen.



«Mister SuisseID» Christian Weber: «Das Interesse seitens der KMU ist gross.»

Trotz der kargen Publizität wächst die Zahl der User. Wie sieht die aktuelle Entwicklung aus und entspricht sie Ihren Zielsetzungen?

■ Mit weit über hundert Medienberichten würden wir die Publizität als ausgesprochen hoch bezeichnen. Was die Nachfrage anbelangt, so ist festzustellen, dass zu Beginn vor allem sogenannte «Early Adopters» die SuisseID kauften. Inzwischen stehen wir in Verhandlungen mit mehreren Grossbezüglern. Zu den ersten Grossabnehmern gehört auch der Schweizerische Anwaltsverband, der Ende Juli die ersten Mitgliederausweise mit integrierter SuisseID ausliefert. Die Entwicklung an der Verkaufsfondt entspricht vollumfänglich unseren Erwartungen. Das Interesse seitens der KMU, die SuisseID für die interne Identifikation zu verwenden, ist gross. Eine aktuelle Studie von Siemens Schweiz geht davon aus, dass ein KMU pro Mitarbeiter und Jahr mit der SuisseID ca. 110 Franken sparen kann. Wir empfehlen daher den KMU, die SuisseID noch in diesem Jahr zu kaufen und von der einmaligen Subvention von 65 Franken zu profitieren.

«DIE ENTWICKLUNG AN DER VERKAUFSFRONT ENTSPRICHT VOLLUMFÄNGLICH UNSEREN ERWARTUNGEN.»

Sie konnten einen recht spektakulären Deal mit dem Bundesamt für Landwirtschaft abschliessen, obwohl sich die Bauern als Kunden nicht gerade aufdrängen.

■ Achtung, unterschätzen Sie unsere Landwirte nicht! Der administrative Aufwand entlang der Lebensmittelkette-Sicherheit ist beträchtlich. Der Deal kam dank der Initiative der involvierten Behördenstellen zustande. Die Bundesämter für Landwirtschaft, Veterinärwesen und Gesundheit (BLW, BVET und BAG) unterstützen zusammen mit den Kantonen den elektronischen Geschäftsverkehr in diesem Bereich. Sie empfehlen den Landwirten, sich ab sofort über die SuisseID im Portal www.agate.ch

informieren. Mit SuisseID und Passwort können die Nutzer über dieses Portal in Zukunft persönliche Agrardaten verwalten, die im eigenen Betrieb getätigten Kontrollen (etwa im Rahmen des ökologischen Leistungsnachweises) sichten und Daten bestimmten Organisationen (beispielsweise Label) zur Verfügung stellen.

«EINE AKTUELLE STUDIE GEHT DAVON AUS, DASS EIN KMU PRO MITARBEITER UND JAHR RUND 110 FRANKEN SPAREN KANN.»

In welchen Bereichen kann man die SuisseID heute schon benützen?

■ Nebst der Nutzung im Treuhand- und Postdienstleistungsbereich kann die SuisseID vor allem im E-Government eingesetzt werden: So können Bürger beispielsweise einen Strafregisterauszug bestellen, in verschiedenen Kantonen Einsicht in ihr Steuerkonto nehmen und Zahlungsvereinbarungen abschliessen. Zudem bieten viele Gemeinden Online-Dienste an wie Umzugsmeldungen, Zivilstandsänderungen, Kindergarten-/Schulanmeldungen, Ausweisanträge, Bestellung von Parkkarten etc. bis hin zu gastgewerblichen und gewerbepolizeilichen Bewilligungen.

Sie versprechen einen schnellen Ausbau.

■ Und halten dieses Versprechen auch ein. Im Herbst werden die ersten E-Commerce-Anbieter mit SuisseID-Log-in online gehen: so buch.ch, Brack Electronics und Digitec. Ebenfalls ab Herbst wird man Betriebsbegehren und Betriebsauskünfte elektronisch einreichen können. Weitere Bundesstellen werden mittelfristig Geschäftsanwendungen mit SuisseID anbieten wie beispielsweise das Einholen von Brennbewilligungen bei der Eidgenössischen Alkoholverwaltung oder die Rückerstattung von Treibstoffsteuern und CO₂-Abgaben von der Eidgenössischen Zollverwaltung.

Die grösste administrative Entlastung für KMU sehen wir jedoch bei der Eid-

ZUR PERSON

Christian Weber (57), dipl. Ing. Agr. FH, executive MPA Uni BE, ist Leiter E-Government für KMU im Staatssekretariat für Wirtschaft SECO. In dieser Funktion ist er Mitglied des Expertensrates der E-Government-Strategie Schweiz. Im Rahmen der dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen leitet Christian Weber das Projekt SuisseID. Der Schwerpunkt liegt in der Realisierung fundamentaler Komponenten, die für einen funktionierenden und vertrauenswürdigen elektronischen Wirtschaftsraum in der Schweiz unverzichtbar sind.

genössischen Steuerverwaltung, die voraussichtlich ab Mitte 2011 das elektronische Einreichen der Mehrwertsteuer-Abrechnung ermöglichen wird.

Es gibt jedoch Ämter und Institutionen, die sich an das Netzwerk nicht anschliessen mögen.

■ Wir verstehen, dass sich Anwendungen in gewissen Bereichen nicht von heute auf morgen für die Verwendung der SuisseID anpassen lassen. Oft nehmen solche Prozesse viel Zeit in Anspruch. Die vielen Kontakte mit Ämtern und Institutionen stimmen uns jedoch zuversichtlich.

Ihr oberster Chef, Staatssekretär Jean-Daniel Gerber, geht davon aus, dass bei 10 000 Usern Einsparungen von mehreren 100 Millionen Franken entstehen. Ist das nicht zu hoch gegriffen?

■ Wenn wir gemäss der erwähnten Studie von Siemens Schweiz davon ausgehen, dass ein Unternehmen 110 Franken pro Mitarbeiter und Jahr einsparen kann, wenn es die SuisseID einsetzen würde, kommen wir bei 3,7 Millionen Beschäftigten schnell mal auf Einsparungen von über 400 Millionen Franken. Und dabei sind die übrigen Produktivitätsgewinne nicht eingerechnet.

Interview: Patrick M. Lucca

LINK
www.suisseid.ch

APROPOS

Gegen Präjudiz

Wenn es nach dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) geht, werden künftig dank einem Normarbeitsvertrag alle Hausangestellten in der Schweiz einen Minimallohn von 18.90 Franken pro Stunde bekommen. Laut SECO-Chef Serge Gaillard würden spätestens 2011 vermehrt Hausangestellte aus den neuen EU-Ländern in Schweizer Haushalten angestellt, und zwar zu Tiefstlöhnen. Als abschreckendes Beispiel dient Deutschland, wo Zehntausende von Polinnen und Polen zu miserablen Bedingungen arbeiten. Der sgv wehrt sich nicht gegen den Schutz der Hausangestellten an sich, wendet sich jedoch gegen den vorgeschlagenen Mindestlohn. sgv-Chefökonom Rudolf Horber: «Wir wollen keinen neuen Präjudizfall. Ist einmal ein Minimallohn festgesetzt, so steigt sofort der Druck, ihn zu erhöhen.» *Flü*

Tankstellen-Dilemma

Es kam, wie es kommen musste: Das Bundesgericht hat die nächtliche Schliessung von sieben Zürcher Tankstellenshops besiegelt, die seit über zehn Jahren den 24-Stunden-Betrieb pflegen. Nach Ansicht der Richter in Lausanne kann die Mehrheit der Bevölkerung auf Einkäufe nachts zwischen ein und fünf Uhr verzichten, ohne dies als grossen Mangel zu empfinden. Zulässig ist laut dem Urteil jedoch weiterhin die durchgehende Öffnung der Tankstellen selber sowie der angegliederten Bistros. In seinem Entscheid hält das Gericht fest, dass Nacharbeit nach der jetzigen Gesetzgebung nur erlaubt werden könne, wenn sie «unentbehrlich» sei. Falls sich die Bedürfnisse der Bevölkerung tatsächlich geändert haben sollten, ist es laut Gericht am Gesetzgeber, die Regeln allenfalls anzupassen. Genau das dürfte nun passieren: Bereits in der Septembersession sollen – unter aktiver Mitwirkung des sgv – im Bundesparlament entsprechende Vorstösse eingereicht werden. Denn das Dilemma bleibt: Wie kann man einem Kunden erklären, dass er in der Nacht zwar eine Tasse Kaffee und Autozubehör kaufen darf, aber keine Tiefkühlpizza? *Flü*

Italiens Abgründe

«Italianità» ist für viele Eidgenossen eng verbunden mit der Bewunderung der unheimlichen Leichtigkeit des Seins im südlichen Nachbarland. Doch beim näheren Hinsehen tun sich bürokratische Abgründe auf. So ist Glaceschlecken auf der Strasse im westsizilianischen Trapani verboten. Im venezianischen Eraclea ist es untersagt, am Strand Löcher in den Sand zu buddeln oder gar Burgen zu bauen. In Venedig und im toskanischen Lucca drohen einem bis zu 500 Euro Strafe, wenn man die Tauben füttert. Und auf der beliebten Ferieninsel Capri ist es tabu, auf der Strasse mit Holzlatschen (Clogs) zu klappern. Im kampanischen Eboli kann es 500 Euro kosten, wenn sich zwei im Auto küssen. Nach unseligem US-Vorbild wird in Is Arutas (Westardinien) das Rauchen in der Öffentlichkeit verfolgt. In Brescia musste eine 54-Jährige 100 Euro hinblättern, weil sie sich an einer Piazza auf die Stufen eines historischen Monuments gesetzt hatte. *Lu*

WORTE DER WOCHE



«Die Vorwürfe aus der EU, die Schweiz sei eine egoistische Rosinenpockerin, sind unberechtigt. Brüssel weiss genau, dass der EU-Transitverkehr für uns nicht kostendeckend ist. Die Schweiz hat eine Milliarde Kohäsionszahlungen für die neuen EU-Länder geleistet und via Internationalen Währungsfonds auch für die Sanierung von Griechenland mitbezahlt. Beim Versuch, den Euro zu stabilisieren, hat die Nationalbank eben 14 Milliarden Franken Verlust eingefahren. Zudem arbeiten eine Million EU-Ausländer in der Schweiz, wovon rund 230 000 Grenzgänger. Allfällige Grenzschikanen würden also in erster Linie die EU-Bürger zu spüren bekommen.»

Nationalrat Philipp Müller (FDP/AG)

Der neue Opel Movano – der packt jede Herausforderung.



**300 Modellvarianten & starke Preisvorteile –
damit sind Sie für jede Aufgabe gerüstet.**

75
OPEL
SUISSE

Grösser, stärker und flexibler als je zuvor in Höhen, Längen, Gewichtsklassen und Motorisierungen. Maximale Zuverlässigkeit, minimale Betriebskosten, enorme Ausdauer und Effizienz bei Transport und Logistik. Rundum komfortabler und funktionaler. Der neue Movano: jetzt erhältlich bei Ihrem kompetenten Opel Nutzfahrzeughändler ab CHF 40'000.-*.



Wir leben Autos.

www.opel.ch

*Barkauf Preisbeispiel: Movano Van 3.3 t L2H2 2.3 CDTI, 74 kW/100 PS, 6-Gang manuell, Basispreis CHF 40'000.- exkl. Mehrwertsteuer, 221 g/km CO₂-Ausstoss, ø-Verbrauch 8,3 l/100 km, Abgasnorm Euro 5. Der durchschnittliche CO₂-Ausstoss aller Neuwagenmarken in der Schweiz beträgt 204 g/km.

SYNERGY2010 – Am kommenden 12. November findet im Berner Kursaal die synergy2010 statt. Erwartet werden rund 500 Teilnehmende aus Wirtschaft und Politik.

Einzigartige KMU-Plattform



Sie werden die synergy2010 prägen (v.l.): Rudolf Strahm (Ex-Preisüberwacher), André Blattmann (Chef der Armee), Marianne Zambotti-Hauser (Geschäftsfrau, Präsidentin KMU Frauen Zürich), Walter Boesch (Direktor Bäckereifachschule Richemont), Beat Brühlhart (Geschäftsführer Antros Consulting) und Raoul Egeli (Zentralpräsident TREUHAND|SUISSE).

Fachreferenten an der synergy2010 sind der ehemalige Preisüberwacher und alt Nationalrat Rudolf Strahm und alt Nationalrat André Blattmann, Chef der Armee. Erfahrungsberichte aus der KMU-Welt präsentieren werden Marianne Zambotti-Hauser (Geschäftsfrau, Präsidentin KMU Frauen Zürich),



Zu einem Gewerbeanlass wie synergy gehören auch Kontaktpflege und Geselligkeit: So hat letztes Jahr die Glarner KGV-Präsidentin Andrea Trümpy vom coiffureSUISSE-Zentralpräsidenten Kuno Giger sicherlich mehr als die neusten Frisurentrends erfahren...

rich), Walter Boesch (Direktor Fachschule Richemont), Beat Brühlhart (Geschäftsführer Antros Consulting) und Raoul Egeli (Zentralpräsident TREUHAND|SUISSE). Im Anschluss an ihre Referate werden die vier Teilnehmenden an einer Podiumsdiskussion teilnehmen. Der Abend und das Gespräch werden moderiert von Alenka Ambroz, Leiterin Unternehmenskommunikation Privatbankgruppe Hirslanden und ehemalige «10vor10»-Moderatorin. Nationalrat Bruno Zuppiger, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv, wird seine Eindrücke zusammenfassen. Begrüssung und Schlusswort fallen Hans-Ulrich Bigler zu, dem Präsidenten der veranstaltenden Stiftung KMU Schweiz und Direktor des sgv.

Von KMU für KMU

Die Kommunikationsplattform synergy2010 bietet weit mehr als bloss interessante Inputs für KMU-Unternehmer. Nebst wertvollen Informationen, Hintergründen und professionellem Know-how aus der Praxis ermöglicht der Anlass – organisiert unter dem Motto «von KMU für KMU»

– den Teilnehmenden, mit Spitzenvertretern aus Wirtschaft und Politik sowie Vertretern der Dachverbände in direkten Kontakt zu treten. Und schliesslich besteht nach dem offiziellen Teil der Veranstaltung die Möglichkeit, im Feldschlösschen-Biergarten hoch über der Berner Altstadt in ungezwungener Atmosphäre Erfahrungen auszutauschen und dabei das persönliche Netzwerk zu stärken und zu erweitern.

synergy2010 verbindet

Veranstalter der synergy2010 ist die Stiftung KMU Schweiz für die Vermittlung von unternehmerischem Wissen. Stiftungsträger sind der Schweizerische Gewerbeverband sgv, der Schweizerische Arbeitgeberverband, die Detailhandelsvereinigung Swiss Retail Federation sowie der Schweizerische Verband freier Berufe. synergy2010 steht unter dem Patronat von Bundespräsidentin Doris Leuthard.

Attraktive Eintrittspreise

synergy2010 bietet zum attraktiven Preis von CHF 160.– pro Person nicht nur viele neuen Ideen. Im Eintritts-

preis für den professionell organisierten KMU-Anlass inbegriffen sind ein exquisites 3-Gang-Menü inklusive Getränke sowie Apéro und After Hours Drink.

Ob KMU-Unternehmer, Branchenverband oder kantonale und regionale KMU-Organisation: Wer seinen Mitgliedern den Besuch dieser KMU-Plattform in gehobenem Rahmen ermöglichen will, kann diese dank dem Engagement der Sponsoren und der KMU Stiftung Schweiz zu besonders interessanten Preisen tun. Tische für 10 Personen können zum Spezialpreis von 1400 Franken, solche für 6 Personen für 900 Franken reserviert werden.

Jetzt reservieren

Am besten also Sie sichern sich Ihre Teilnahme an diesem vielseitigen KMU-Forum bereits heute. Reservieren Sie sich Ihren Platz resp. Ihre Plätze im Internet unter www.synergy-schweiz.ch oder per Mail unter office@synergy.schweiz.ch. En

LINKS

www.synergy-schweiz.ch
www.stiftung-kmu.ch

AUS DEN VERBÄNDEN

Während des Spiels die Regeln geändert

Ohne vorgängige Information der Branche hat das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) mit der Senkung der Zollbelastung von verarbeitetem Getreide für die menschliche Ernährung per 1. Juli 2010 die Spielregeln geändert. Und dies zu einem Zeitpunkt, in dem die Getreidesilos der Mühlen noch mit grossen Mengen Getreide letzjähriger Ernte gefüllt sind. Damit wurden die ganze Getreidebranche sowie die nachgelagerten Stufen 36 Stunden vor Inkraftsetzung des neuen Systems brüsk überrascht. Dies ist umso erstaunlicher, als das BLW letzten Herbst die Reduktion der Zollbelastung auf Getreidemehlen noch auf unbestimmte Zeit verschob. Mit der Senkung der Zollbelastung von verarbeitetem Brotgetreide von 65 auf 50.70 Franken steht dem unbeschränkten Import von Backmehlen aus der EU ab sofort Tür und Tor offen. Damit zwischen der EU und der Schweiz im Getreide- und Mehlmarkt nicht ungleich lange Spiesse geschaffen werden, sollte fairerweise zuerst eine Preisparallelität geschaffen werden. Ohne Aussetzung der neuen Regelung bis 1. Oktober 2010 würden die Interessen der Schweizer Getreidebranche mit den nachgelagerten Stufen von den Bundesbehörden mit Füssen getreten. Die Müllereibranche bleibt auf dem teureren Getreide und Mehl sitzen, finanzieller Verlust und massiver Wettbewerbsnachteil auf dem Markt wären die Folgen. Die Auswirkungen dieses neuen Grenzschutzsystems auf die Preiskalkulationen werden mit der Vermarktung der Ware aus der neuen Ernte, sprich ab 1. Oktober, erkennbar sein.

Aargauerinnen laden ein

Am Freitag, 20. August findet in der Biberburg in Hirschtal der «KMU Frauen Aargau Event» statt. Den Unternehmerinnen ist es gelungen, für den Vormittagsblock drei prominente Referierende zu engagieren. Miriam Blocher, Inhaberin des Lächerli Huus, spricht zum Thema «Swissness für Lebensmittel», Maja Fabich-Stutz, Präsidentin des Aargauischer Drogistenverbandes, gibt in ihrem Referat «Burnout muss nicht sein – wie beuge ich vor?» Gesundheitstipps und der ehemalige Luzerner Verkehrsdirektor Kurt H. Illi wirft die Frage auf «Wie verkaufe ich eine Stadt?».

Nach dem Mittagessen findet eine Betriebsbesichtigung der Pfiffner Messwandler AG in Hirschtal statt. Die Veranstaltung dauert von 8.15 bis ca. 15.00 Uhr.

Weitere Infos und Anmeldung bis Freitag, 12. August per E-Mail an r.kaufmann@agv.ch.

STRASSENTTRANSPORT – Auch 2009 hat bei den Schweizer Camionneuren der Anteil von modernen Fahrzeugtypen mit weniger Schadstoffemissionen und Treibstoffverbrauch massiv zugenommen.

Lastwagen immer umweltfreundlicher

Der Schweizer Nutzfahrzeugverband Astag hat für einmal Grund zur Freude: «Der Schweizer Strassentransport ist immer ökologischer unterwegs», hält Direktor Michael Gehrken fest und verweist auf die offiziellen Zahlen der Oberzolldirektion bzw. des Bundesamts für Statistik. Danach nehmen die Emissionen von Schadstoffen von Jahr zu Jahr ab. Bei Kohlenmonoxid waren es von 1980 bis 2005 rund 40 Prozent weniger, bei Kohlenwasserstoffen 57, bei Stickoxiden 21 und bei Feinstaub 65 Prozent.

Milliarden investiert

Die Erkenntnisse des Bundes zeigen aber auch, dass der Anteil der schweren Nutzfahrzeuge in der neuesten Emissionsklasse der EURO-Norm 5 am gesamten Fuhrpark von 18,7 (2008) auf 25,7 (2009) Prozent erneut kräftig angestiegen ist; bei der Fahrleistung stieg ihr Anteil sogar von 24,3 auf 37,5 Prozent. Zugleich gingen Anzahl und Fahrleistungen von älteren Fahrzeugen der EURO-Normen 1 und 2 weiter zurück. Inzwischen werden über 87 Prozent aller gefahrenen Kilometer mit äusserst umweltverträglichen Nutzfahrzeugen der EURO-Normen 3 bis 5 zurückgelegt. Für den Astag-Zentralpräsidenten Nationalrat Adrian Amstutz ist



Die Schweizer Transporteure modernisieren ständig ihre Flotten – und lösen damit ungewollt LSVA-Erhöhen aus.

deshalb klar: «Die Nutzfahrzeuge in der Schweiz sind sauberer als je zuvor – dank milliardenschweren Investitionen der Transportunternehmen in den letzten Jahren.»

«Inakzeptables Vorgehen»

Auswirkungen hat die laufende Modernisierung der Schweizer Fahrzeugflotten unweigerlich auf die Erträge des Bundes aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe

(LSVA). Während die Fahrleistungsanteile der Fahrzeuge in der teuersten und mittleren LSVA-Tarifklasse – wie von der Politik gewünscht! – kontinuierlich und unaufhaltsam sinken, steigt umgekehrt der Fahrleistungsanteil in der günstigen LSVA-Tarifklasse massiv an. Als Folge gehen auch die LSVA-Einnahmen zurück. «Deshalb unternehmen die Bundesbehörden alles, um weitere Tarifanpassungen vorzubereiten», kriti-

siert Amstutz. So wurde einerseits mit der EU vereinbart, dass die LSVA ab 2012 der Teuerung angepasst werden soll. Andererseits laufen hinter den Kulissen die Vorbereitungen, um die Transportkostenrechnung, die den Kostendeckungsgrad des Schwerverkehrs offiziös darlegen soll, weiter zu frisieren. «Dies ist ein inakzeptables Vorgehen und ein Affront gegenüber dem immer umweltverträglicheren Strassentransport», sagt Adrian Amstutz: «Wir fordern deshalb den Verzicht auf weitere Erhöhungen und willkürliche Mausechelen am Rande der Legalität.»

So oder so ist es langfristig unmöglich, das Hauptziel der LSVA – die Modernisierung der Fuhrparks – und die Quersubventionierung des Schienenverkehrs unter einen Hut zu bringen. «Dem ganzen System liegt ein verheerender Denkfehler zugrunde», betont Astag-Direktor Michael Gehrken. Der Bund könne nicht einerseits Anreize zur Erneuerung der Fahrzeugflotten setzen und andererseits möglichst viel Geld kassieren wollen: Die Camionneure wollen deshalb, dass die LSVA von der Bahnfinanzierung losgekoppelt und die Einnahmen wie in der Verfassung vorgesehen für Strassenzwecke verwendet werden. Gst

ZENSUR DER WOCHE

Ist Bier gesund?

Dass auf Schweizer Internetseiten Zensur praktiziert wird, ist nichts Neues, denn Exzesse in Sachen Pädophilie, Pornografie und Persönlichkeitsverletzung gehören leider zum Alltag. Neu sind allerdings Interventionen der Art, die der Schweizer Brauerei-Verband (SBV) erleben muss. Da heisst es auf der SBV-Site in der Rubrik «Fragen rund ums Bier» wörtlich: «Das Kantonale Labor Zürich hat verfügt, dass der SBV auf dieser Webseite über die wissenschaftlich erwiesenen gesundheitsfördernden Wirkungen des massvollen Bierkonsums nicht berichten darf.»



Doch die Brauer sind schlau: Diese Wirkungen, heisst es an anderer Stelle, seien in 3500 wissenschaftlichen Arbeiten untersucht worden. Bier senke unter anderem den Cholesterinspiegel, schütze die Arterien vor Verkalkung und beeinflusse den Verlauf der Osteoporose günstig. Wichtig sei, betonen die Bierbrauer, die richtige, massvolle Dosis...

APROPOS

Die «Katastrophe»
im Baugewerbe

Das Schweizer Baugewerbe hat sich einmal mehr als krisenfest erwiesen. Sogar das Rezessionsjahr 2009 brachte laut Bundesamt für Statistik (BfS) ein Plus: Die Bauausgaben haben sich gegenüber 2008 nominal um 2,1% auf 54,6 Milliarden Franken erhöht. Unter Berücksichtigung einer rückläufigen Bauteuerung von 1,1% resultierte gar ein realer Anstieg von 3,2%. Die Hochbauinvestitionen nahmen im Jahresvergleich nominal um 2,1% auf rund 40,2 Milliarden Franken zu. Die Tiefbauinvestitionen verzeichneten ein Wachstum von 0,9% auf 10 Milliarden Franken. Und für 2010 wird mit einer nochmaligen Steigerung der Bauinvestitionen um 3% gerechnet.

Die Freude an diesen positiven Zahlen, die viel zur Stabilisierung der Gesamtwirtschaft beigetragen haben, wurde uns von einigen Öko-Beserwissern allerdings umgehend vergällt. So druckte die vermeintlich bürgerliche «Basler Zeitung» einen Kommentar ab, in dem das Wachstum der Bauausgaben als «grösste Naturkatastrophe in der Schweiz» bezeichnete wurde. Nach Auffassung des Autors Hanspeter Guggenbühl, der auch für andere grosse Gazetten schreibt, ist diese Entwicklung katastrophal, weil «der Bau der Wirtschaftszweig ist, der am stärksten zur Plünderung der Natur beiträgt». Der dunkelgrüne Journalist gibt zwar zu, dass wir «ohne Häuser in Höhlen hausen würden» und «jede Zivilisation Verkehrswege braucht». Guggenbühls hanebüchene Begründung suggeriert geradezu eine Rückkehr in die Höhlen: «Die Bauten hierzulande verschlingen 45 Prozent der Energie, beanspruchen über die Hälfte aller nicht erneuerbaren Rohstoffe, fressen begrenztes Kulturland und verschandeln die Landschaft.» Sommerhitze als Grund für diese Logik reicht leider nicht. *Flü*

Automarkt blüht auf

Keine Freude haben Guggenbühl & Co. vermutlich auch an den jüngsten News von der Autofront. Dank erfreulicher Konjunkturaussichten werden in der Schweiz nämlich wieder wesentlich mehr Autos gekauft. Im ersten Halbjahr fanden 13 869 Neuwagen (10,4 Prozent) mehr einen Käufer als in der Vorjahresperiode. «Das sind wieder annähernd so viele wie vor der Krise», kommentierte Andreas Burgener, Direktor des Importeur-Verbandes autoschweiz. Das meistverkaufte Auto war einmal mehr der VW Golf. *Pd*

Sieg für private
Mobilität

Die Automobilisten können auf der A2 zwischen Chiasso und Bissone weiterhin mit 120 km/h fahren. Das Bundesverwaltungsgericht hiess eine Beschwerde des Kantonalen Gewerbeverbandes und weiterer Organisationen gegen das Tessiner Umweltdepartement gut. Dieses machte sich aus Gründen der Luftqualität für Tempo 100 stark. Die Richter bezweifelten, dass es sich dabei um das richtige Mittel handelt, um bessere Luft zu bekommen. *Flü*

WAHN DER WOCHE



Erwin Kessler (Bild), Präsident des in Gewerbevereine berühmten-berühmten Vereins gegen Tierfabriken (VgT), ist dafür bekannt, dass er seine Ziele gern mit äusserst fragwürdigen Mitteln verfolgt. Nur hat der fanatische Tierschützer in Sachen Geschmacklosigkeit allerdings ein kaum zu überbietendes Niveau erreicht: Auf der VgT-Internetseite verhörnte er unter dem zynischen Titel «Freudlich: Zwei Tierquäler weniger» die beiden Fischer, die kürzlich am Zürichsee «in flagranti, bei Ausübung ihres Tierquäler-Hobbys» von einem Auto totgefahren wurden. Empörte Reaktionen auf diese Menschenverachtung sind Kessler egal: Er sieht sich nach eigenem Bekunden «als Robin Hood», der auf der Seite der Wehrlosen sei und mit den Tätern kein Mitleid habe... *Lu*

SWISSNESS UND PRÄVENTIONSGESETZ – Der sgv bekämpft die beiden umstrittenen Vorlagen, weil sie den KMU mehr Belastungen bringen und erst noch praxisuntauglich sind.

Arbeit für den Papierkorb

Bei allen sachlichen Unterschieden gibt es bei den beiden Vorlagen auch Gemeinsamkeiten. Sie sind höchst umstritten, so dass sowohl zur Swissness-Vorlage als auch zum Präventionsgesetz in den vorberatenden Kommissionen des Parlaments Hearings durchgeführt worden sind. Beim Präventionsgesetz wurde zwar Eintreten beschlossen, aber beide Geschäfte werden erst im September weiter behandelt. Die Lust der Parlamentarier, diese heissen Eisen anzupacken, scheint sich in Grenzen zu halten.

Gemäss sgv-Strategie 2008 ist das Kernthema die KMU-Politik: Herstellung optimaler Rahmenbedingungen für KMU durch Deregulierung sowie Senkung von Steuern und Abgaben. Alle Vorlagen aus «Bundesbern» werden an diesen Vorgaben gemessen; bewirken sie – wie Swissness und Präventionsgesetz – das Gegenteil, ist der Widerstand des sgv so sicher wie das Amen in der Kirche.

Richtiges Ziel, falscher Weg

Mit der Zielsetzung des Swissness-Projekts – nachhaltige Sicherung und langfristige Erhaltung des Mehrwerts des Labels «Schweiz» und damit Stärkung der Marke Schweiz – ist der sgv zwar einverstanden. Ebenso mit der Notwendigkeit, Missbräuche konsequent zu bekämpfen und das Wappenschutzgesetz so zu ändern, dass neu die Verwendung des Schweizer Kreuzes auch auf Produkten erlaubt ist. Die komplizierten und verschärften Regeln zur Erlangung der «Swiss-



Swissness ist viel mehr als Folklore – es geht um handfeste Interessen des Wirtschaftsstandortes Schweiz.

ness-Prämie» lehnt der sgv jedoch ab: Viele Unternehmen und einzelne Branchen würden diese Prämie verlieren und damit gegenüber der ausländischen Konkurrenz benachteiligt. Dies hätte eine klare Schwächung des Wirtschaftsstandortes Schweiz zur Folge. Zudem würden die neuen Regeln vor allem bei den KMU zu mehr Rechtsunsicherheit und einem erhöhten Aufwand führen.

Unnötiges Gesetz

Klar negativ, ohne Wenn und Aber, fällt die Antwort des sgv zum neuen Präventionsgesetz und vor allem zum geplanten Präventionsinstitut aus. Die heutigen Gesetzesgrundlagen sind für eine sinnvolle, angemessene und auf Risikogruppen ausgerichtete Präventionspolitik ausreichend. Der sgv wehrt sich mit aller Entschiedenheit gegen die Tendenz, immer mehr

Lebensbereiche mit staatlichen Vorschriften und gar Verboten einzudecken: Muss zwischen Geburt und Tod wirklich alles durch Väterchen Staat reglementiert werden?

Freiräume sichern

Die gewerblichen Unternehmen brauchen einen möglichst grossen Freiraum, damit sie ihre Kernaufgabe überhaupt noch wahrnehmen können, nämlich die Herstellung von Produkten und Dienstleistungen und damit die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Lehrstellen für die Jugend, die Zukunft unseres Landes. Deshalb gibt es nur eines: Das neue Präventionsgesetz braucht es nicht, und das Präventionsinstitut noch viel weniger. Anstelle von generalpräventiven, flächendeckenden Massnahmen mit zusätzlichem Staatsinterventionismus mit Mehrkosten

und -aufwand für die KMU ist einer gezielten Präventionspolitik, die sich nach tatsächlichen Risiken richtet, das Wort zu reden.

Bei der Swissness-Vorlage dagegen kann die Zielsetzung und damit ein Eintreten unterstützt werden, nicht aber der eingeschlagene Weg: Am zweckmässigsten wäre es, das Geschäft einer Subkommission der Rechtskommission des Nationalrates zuzuweisen mit dem klaren Auftrag, eine KMU-taugliche Vorlage auszuarbeiten. Darin sollte im Wesentlichen die heute geltende und eingespielte Praxis im Markenschutzgesetz mit einigen griffigen Regeln festgeschrieben werden. Auch hier gilt: Weniger ist manchmal mehr.

Rudolf Horber, Chefökonom sgv

WEITERE BERICHTS ZUM THEMA
AUF SEITEN 10 UND 11

EUROPAPOLITIK – Die EU scheint den Druck auf die Schweiz verstärken zu wollen. Prompt wird das Ende des bilateralen Weges beschworen. Der sgv will sich in die Diskussion einbringen.

Der sgv fordert einen «runden Tisch»

sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler ist über die Europa-Diskussion nicht überrascht: «Brüssel hat schon immer die Muskeln spielen lassen, um die Schweiz für neue Konzessionen weich zu klopfen.» Allerdings falle die Debatte über eine verstärkte Integration der Schweiz diesmal ins Sommerloch, und da werde Vieles gesagt, was man schnell vergessen sollte. Derzeit lägen nämlich keine Fakten auf dem Tisch, sondern bloss vage Absichtserklärungen. Entsprechend werde in den Medien, die mehrheitlich eine enge Anlehnung an die EU propagierten, viel fantasiert.

Der sgv mag sich deshalb, so Bigler, «nicht an halbhatzigen Spekulationen» beteiligen. «Für uns ist die Lage klar: Wir richten uns nach den gültigen Beschlüssen der Gewerbe-kammer, die sich seit 1999 stets für den bilateralen «Königsweg» und für die Personenfreizügigkeit ausgesprochen hat.» Allerdings wisse der Verband sehr wohl, dass in der Weltwirtschaft ein harter Standortwettbewerb herrsche. Unser Land werde zunehmend als lästiger Konkurrent empfunden; die EU-Länder, die nach der Finanz- und Wirtschaftskrise eisern sparen müssen, würden der Schweiz sicherlich nichts schenken.

Hans-Ulrich Bigler macht auf die Tatsache aufmerksam, dass die Schweizer Wirtschaft «kein Monolith» sei.

«Die KMU haben nur teilweise die gleichen Interessen wie die Industrie, der Finanzsektor und die Landwirtschaft. Wir wissen aus Erfahrungen in Österreich und Liechtenstein, dass eine EU- oder EWR-Mitgliedschaft vorab den KMU grosse Probleme

durch ausländische Billigkonkurrenz verursacht.»

Entsprechend brauche es vor neuen offiziellen Kontakten der Schweiz mit der EU, wie sie Bundespräsidentin Doris Leuthard angekündigt hat, intensive Diskussionen unter Einbezug

aller Partner. «Das Gewerbe muss sich einbringen können. Wir fordern deshalb den Bundesrat auf, einen runden Tisch der Wirtschaft einzusetzen, um den Verhandlungsrahmen abzustechen», betont der Gewerbedirektor. *Lu*

ANZEIGE

SIU/FCAM
Schweizerisches Institut für Unternehmensschulung

Die branchenneutralen und berufsbegleitenden **Management-Weiterbildungen** für Unternehmer/innen, Führungskräfte und angehende Kaderleute in KMU

Unternehmensschulungskurse
Informationsabende: 17. bis 31. August 2010
Kursstarts: ab 23. Oktober 2010

Lehrgang für KMU Geschäftsfrauen
Informationsabende: 1. September 2010 (Bern); 2. September 2010 (Sulthurn); 27. Oktober 2010 (Zürich)
Kursstarts: 18. Oktober 2010 (Bern), 10. Januar 2011 (Zürich)

Dipl. Geschäftsführer/in KMU SIU
Informationsabende: 13. und 14. September 2010
Kursstarts: Mitte November 2010

Neu: Dipl. Rechtsassistent/in HF
Informationsabende: 23. August bis 2. September 2010
Kursstarts: Oktober 2010

Eidg. dipl. Betriebswirtschafter/in des Gewerbes
Informationsabende: Januar und Februar 2011
Kursstarts: Mai 2011

Weitere Informationen: Schweizerisches Institut für Unternehmensschulung im Gewerbe, Bern
Telefon 031 388 51 51, gewerbe-be@siu.ch

www.siu.ch

LED – Licht emittierende Dioden machen enorme Stromeinsparungen möglich. Mit einem Minergie-Zertifikat stimmt auch die Qualität.

Revolution des Kunstlichts



Die AXA Winterthur spart mit ihrer neuen Lichtlösung 70 Prozent der Stromkosten.

Stefan Gasser ist Beleuchtungsexperte bei der Schweizerischen Agentur für Energieeffizienz (S.A.F.E.). Spricht man mit ihm über Licht emittierende Dioden (LED), kommt er schnell in Fahrt. Seine Begeisterung wird fast greifbar. Er erwartet in den nächsten zehn Jahren nichts weniger als eine Revolution des künstlichen Lichts. «Die technologischen Fortschritte der letzten Jahre sind unglaublich, LED wird sich in allen Beleuchtungsbereichen durchsetzen», ist Gasser überzeugt. Noch ortet er aber sehr grosse Qualitätsunterschiede. Die Palette bei LED-Lampen und -leuchten reicht von brillant bis unbrauchbar.

Zertifikat als Gütezeichen

Um den Spreu vom Weizen zu trennen, hat Lichtfachmann mit Partnern

aus der Beleuchtungsbranche und dem Verein Minergie ein Zertifizierungssystem aufgebaut. Ob Leuchtstoffröhren, Kompaktleuchtstofflampen, Entladungslampen oder LED: Nur Produkte, die harte Qualitätskriterien erfüllen, erhalten das Minergie-Zertifikat und werden auf www.toplicht.ch gelistet. Zurzeit sind es über 500 hocheffiziente Leuchten, Strahler und Downlights. Von den aktuell 56 LED-Downlights und -leuchten mit Minergie-Zertifikat stammen 85 Prozent von Zumtobel. Weitere Anbieter sind Baltensweiler, Ribag und Regent.

Wirtschaftliche Lösung

Bereits begonnen hat die Lichtrevolution im Hauptgebäude der AXA Winterthur. Die Beleuchtung war ver-

altet. Hunderte von Halogenlampen verbrauchten nicht nur sehr viel Strom. Sie produzierten auch viel Abwärme, die im Sommer mit Energieaufwand heruntergekühlt werden

RIESIGE FORTSCHRITTE

Die LED-Technik gibt es seit rund 50 Jahren. Die ersten Produkte erzeugten rotes Licht, waren wenig effizient und wurden beispielsweise in Digitaluhren eingesetzt. Es folgten grün, orange und gelb leuchtende Dioden. Erst um die Jahrtausendwende gelang es, weisses Licht zu erzeugen. In den letzten zehn Jahren folgte eine wahre Effizienzrevolution: Die Lichtausbeute pro Watt hat sich verzehnfacht – und

musste. Die AXA Winterthur suchte deshalb eine neue Lichtlösung und fand sie in LED. Warum nicht herkömmliche Sparlampen? «Die Lösung mit LED ist einfach wirtschaftlicher», sagt Rosanno Melchiorretto, Leiter Elektrotechnik.

In Korridoren, Treppenhaus, Liftvorplätzen, Cafeteria, Begegnungszonen und WC-Anlagen leuchten nun statt der alten Halogenlampen mit Leistungen von 40 bis 50 Watt schicke LED-Downlights von Zumtobel. 450 Stück sind es an der Zahl. Mit einer Leistung von jeweils nur 12 Watt bringen sie gleich viel und gleich gutes Licht in die Räume. Dementsprechend sinkt der Stromverbrauch um rund 70 Prozent. Und auch die im Sommer unerwünschte Abwärme wird in derselben Grössenordnung reduziert.

Doch das ist noch nicht alles. Es wurden gleichzeitig auch die Präsenzmelder optimiert. Sie funktionieren nun besser als vorher. Das bringt eine weitere Reduktion des Stromverbrauchs. «Insgesamt sind die Stromkosten für die Beleuchtung nun 90 Prozent tiefer», erklärt Rosanno Melchiorretto. Das freut ihn sehr. Die Zahlen sind eindrücklich. Doch wie kommt das LED-Licht bei Kunden und Personal an? Die Rückmeldungen seien sehr positiv. «Die Leute merken gar nicht, dass wir ein neues System installiert haben.»

Armin Braunwalder

LINKS

www.toplicht.ch und www.topten.ch

GEWUSST WIE

Milch entschärft

Nach einem scharfen Essen kann Milch das brennende Gefühl im Mund lindern. Wasser, Säfte oder Bier helfen dagegen nicht, wie der Deutsche Berufsverband der Hals-Nasen-Ohren-Ärzte festhält. Die Milch hilft, weil Schärffeststoffe wie das berüchtigte Capsaicin in Chilischoten fett-, aber nicht wasserlöslich sind. Auch Joghurt oder ein Stück Käse können die Schärfe mildern. Scharfe Gerichte haben bei hohen Ausentemperaturen übrigens grosse Vorteile: Sie fördern das Schwitzen, wodurch die Körpertemperatur ein wenig gesenkt wird. Was alle Fans der asiatischen und südamerikanischen Küche wissen: Beim häufigen Verzehr von stark gewürzten Speisen tritt ein Gewöhnungseffekt auf: Die Schärfe wird dann von den Schmerzrezeptoren in der Mundschleimhaut weniger stark empfunden.

GRÜNER DAUMEN

Vorläufer des Spinats

Wer Abwechslung im Gemüsebeet und in der Küche sucht, kann es mit dem Anbau von Erdbeerspinat versuchen. Die aus Südeuropa stammende, sehr alte Kulturpflanze ist für den Hobbygärtner bestens geeignet. Sie ist ein Vorläufer des heutigen



Spinats, den sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verdrängt hat. Der Name dieses Gänsefussgewächses leitet sich von seinen (zwar faden, aber essbaren) erdbeerartigen Früchten und spinatähnlichen Blättern ab. Man sät Erdbeerspinat wie Spinat spätestens bis Mitte August in Reihen von zirka 25 cm Abstand (Samen im Fachhandel erhältlich). Die Pflanzen kommen auch mit halbschattigen Plätzen zurecht; sie gedeihen am besten auf mit Kompost angereichertem Gartenboden. Nach rund sieben Wochen kann man die Blätter abschneiden und wie Spinat oder als Salat zubereiten. Steht der Erdbeerspinat als Einfassung an Wegrändern, bleibt er über Monate eine auffallende, attraktive Erscheinung.

Ausgiebig giessen

Gartenpflanzen brauchen bei Hitze viel Wasser. «Lieber seltener, dafür aber ausgiebiger», empfiehlt Erika Brunken, Leiterin der renommierten Niedersächsischen Gartenakademie. Denn die Gartenerde benötige bei längeren Trockenperioden eine gewisse Zeit, um das Wasser aufzunehmen. Sorgen, die Pflanzen dabei zu ertränken, sind laut Brunken unbegründet. Nur bei schweren Böden und frisch gesetzten Pflanzen sei Vorsicht geboten, weil sich sonst Staunässe bilden kann. Wichtig ist, das Wasser möglichst nah am Boden an die Pflanzen zu geben. Bei starkem Sonnenschein können sonst die Blätter verbrennen. Als beste Wässerungszeit nennt Brunken die Morgenstunden. «Dann können die Pflanzen tagsüber abtrocknen, was wiederum der Pilzbildung entgegenwirkt.»

GELDTIPP

Unruhige Märkte

Viele Finanzberater rechnen für die kommenden drei Jahre mit weiterhin stark schwankenden Märkten ohne klare Tendenz. Das ergab eine Umfrage des renommierten Internet-Bewertungsportals «WhoFinance» unter 200 Beratern. Eine klare Mehrheit von 64 Prozent hält demnach ein anhaltendes Auf und Ab am Aktienmarkt für «äusserst wahrscheinlich» oder zumindest «wahrscheinlich». Die übrigen Befragten teilen sich auf in jene, die mit einem Ab- beziehungsweise Aufschwung rechnen. Angesichts der unklaren näheren Zukunft empfiehlt die Mehrheit der befragten Experten alternative Anlageklassen. Gut die Hälfte von ihnen setzt auf Rohstoffe, sogar 61 Prozent auf Immobilien. Bei Anleihen dagegen raten nur 43 Prozent zum Kauf; Aktien stossen bei 32 Prozent auf Zuspruch, 49 Prozent empfehlen aber «Halten».

PEUGEOT 508 – Der französische Autohersteller baut ein zukunftssträchtiges Flaggschiff.

Der neue «Löwenkönig» weckt Hoffnungen

Der Wagen kommt im Frühling 2011 auf den Markt (Stufenheckmodell und Kombi). Weltpremiere feiert der 508 allerdings schon im Oktober auf dem Pariser Autosalon. Als Konkurrenten des 508 sieht Peugeot andere Mittelklassewagen wie VW Passat, Opel Insignia oder Ford Mondeo. Gebaut wird der Wagen für den europäischen Markt im französischen Werk Rennes-La-Janais. Mit dem Nachfolger des 407 will Peugeot den grossen 607 gleich mit ersetzen. Folgerichtig hat der Neue eine Typenbezeichnung mittendrin und ist mit rund 4,80 Metern Länge deutlich grösser als der 407.

Mit grossen Limousinen hatten die Franzosen zuletzt keinen richtigen Erfolg. Der 508 soll das ändern und setzt dabei auf elegantes Design, gute Verarbeitung und zeitgemässe Motoren. Wohin der Weg gehen soll,

deutet der Hersteller bereits mit der «5» in der Modellbezeichnung an. Sie lässt vor allem an die Peugeot-Modelle 504 und 505 aus den 60er- bis 90er-Jahren denken, die aufgrund ihres hohen Qualitätsniveaus auch als «Mercedes Frankreichs» bekannt geworden sind. Punkten soll der 508 bereits auf den ersten Blick mit seinem Design. Das weit aufgerissene Löwenmaul, das jahrelang das Gesicht der Marke prägte, ist verschwunden. Statt dessen gibt es einen klassischen grossen Kühlergrill, der von zwei stark geschlitzten Scheinwerfern flankiert wird. Erste Bilder vom Innenraum zeigen ein edles und aufgeräumtes Cockpit, das ein wenig an Audi erinnert.

Hybrid à la française

Das Motorenprogramm bestimmen die von der Marke bekannten dreh-



Edel, kraftvoll und öko-verträglich: der neue Peugeot 508.

momentstarken Dieselmotoren, die dank Start-Stopp-Technik mit geringem Normverbrauch aufwarten können. Als völlige Neuentwicklung kommt ca. Mitte 2011 zudem ein Diesel-Hybrid-Antrieb zum Einsatz, für den Peugeot einen CO₂-Ausstoss von 99 Gramm/km angibt. Bei der vom Mutterkonzern PSA entwickelten

Technik treibt ein Selbstzündender die Vorderräder an, ein Elektromotor ist für die Hinterräder zuständig, so dass der 508 zum Allrader wird. Die Gesamtleistung soll bei 147 kW/200 PS liegen, der Verbrauch unter vier Liter betragen. Über kleine Distanzen ist laut Hersteller sogar rein elektrisches Fahren möglich. Gst

AKTUELL

Mobil mit www.eures.ch

Die neue Website www.eures.ch bietet allen mobilitätsinteressierten Personen und Arbeitgebern, die Personal in der Schweiz oder EU/EFTA gewinnen möchten, kostenlose Informationen in vier Sprachen. Die Site gibt Tipps für die Jobsuche und zeigt, wie die Diplomanerkennung funktioniert. Weiter gibt sie Auskunft über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz und in Europa und informiert über die Entscheidung oder Rückkehr. www.eures.ch zeigt auf, wie Personal in der Schweiz oder in Europa am einfachsten gesucht werden kann. Zudem können auf der Seite offene Stellen im In- und Ausland kostenlos hochgeladen werden.

EURES (EUROPEAN EMPLOYMENT SERVICES) ist ein Kooperationsnetz der öffentlichen Arbeitsverwaltungen der EU und der EFTA. Die Schweiz ist im Rahmen des Abkommens über den freien Personenverkehr dem EURES-Netz am 1. Juni 2002 beigetreten.

Attest-Lehren rentieren

Das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) hat eine Studie zu Kosten und Nutzen in den ersten elf zweijährigen beruflichen Grundbildungen mit Berufsattest durchgeführt. Die Resultate zeigen, dass für die Lehrbetriebe im Durchschnitt der Nutzen knapp über den Kosten liegt, dass jedoch zwischen den einzelnen Berufen grosse Unterschiede bestehen. Auszubildende Betriebe erzielen bei Bruttokosten von 54 746 Franken und produktiven Leistungen der Lernenden von 55 164 Franken über zwei Jahre im Schnitt einen Nettoertrag von 418 Franken. Das jährliche Kosten-Nutzen-Verhältnis ist mit den drei- bzw. vierjährigen beruflichen Grundbildungen vergleichbar. Es gibt allerdings Berufe, die hohe Nettokosten aufweisen (Automobilassistent/in, Berufe im Gastgewerbe), aber auch Berufe, bei denen der Nutzen die Kosten klar übersteigt (Reifenpraktiker, Logistiker, Detailhandelsassistentin). Die Differenzen sind hauptsächlich auf die Höhe der produktiven Leistungen sowie die unterschiedlichen Löhne der Lernenden zurückzuführen. Tendenziell dürften die Bruttokosten für die Attest-Ausbildungen in Zukunft etwas sinken, da für die Betriebe Startaufwände wie Planung und Koordination erstmaliger Ausbildungsgänge wegfallen.

Erleichterung für Lehrstellensuchende

Das Vorstellungsgespräch ist neben dem Bewerbungsdossier und der Schnupperlehre das entscheidende Selektionsmittel bei der Besetzung einer Lehrstelle. Für die meisten Bewerbenden ist das Vorstellungsgespräch eine völlig neue und ungewohnte Situation. Hier kann die neue



DVD «Blind date» helfen. Gezeigt werden darauf acht Vorstellungsgespräche mit Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen; dazu gibt es praktische Tipps für eine erfolgreiche Vorbereitung auf solche Gespräche. Die DVD richtet sich an Jugendliche, die sich auf Vorstellungsgespräche für eine Lehrstelle vorbereiten, und an all jene, die sie dabei unterstützen: Lehrpersonen, Mentorinnen und Mentoren, Coaches und Eltern.

LINK

www.blinddate.sdbb.ch

ARBEITSLOSIGKEIT - Neuste Studien zeigen, dass der Arbeitsmarkt in der Schweiz die weltweite Wirtschaftskrise wesentlich besser überstanden hat als in den meisten anderen OECD-Ländern.

Gute Noten für die Schweiz



Immer mehr Arbeit für den Nachwuchs: Die Jugendarbeitslosenquote ist seit Monaten am Sinken.

Der aktuelle Beschäftigungsausblick der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stellt unserem Land ein beneidenswertes Zeugnis aus. So ist in der Schweiz die Arbeitslosigkeit zwischen dem ersten Quartal 2008 und ersten Quartal 2010 von 3,5 auf 4,5 Prozent der Erwerbsbevölkerung gestiegen. Im gesamten OECD-Raum stieg die Arbeitslosenquote im gleichen Zeitraum hingegen von 5,7 auf 8,7 Prozent.

Hohes Beschäftigungsniveau

Die geringe Arbeitslosigkeit in der Schweiz ist umso wertvoller, weil sie mit einer hohen Erwerbsbeteiligung bei Männern wie bei Frauen verbunden ist. So waren 2009 in der Schweiz rund 84 Prozent der Männer zwischen 15 und 64 Jahren erwerbstätig. Das ist die höchste Erwerbsquote innerhalb der OECD. Im OECD-Durchschnitt waren es 73 Prozent. Auch die Frauenerwerbsquote ist in der

Schweiz mit knapp 74 Prozent im internationalen Vergleich sehr hoch. Nur in Island und Norwegen ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen an der Gesamtbevölkerung noch höher. Im OECD-Schnitt sind 56 Prozent der Frauen erwerbstätig.

Teilzeitarbeit der Frauen

Allerdings ist in der Schweiz mit 46 Prozent der Anteil der Frauen, die nur Teilzeit arbeiten, sehr gross.

TENDENZ SINKEND

Die Arbeitslosigkeit ist in der Schweiz im Juni weiter gesunken. Gegenüber dem Mai verringerte sich die Arbeitslosenquote von 3,8 auf 3,7 Prozent. Insgesamt waren 144 473 Personen auf Arbeitssuche. Überproportional um 0,3 Prozentpunkte auf 3,8 Prozent sank im letzten Monat die Jugendarbeitslosenquote. 21 131 der 15- bis 24-Jährigen waren als arbeitslos gemeldet. Gegenüber dem Vorjahresmonat verringerte sich die Quote ebenfalls um 0,3 Prozentpunkte. Bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) waren 17 642 offene Stellen gemeldet, 545 mehr als im Vormonat.

Im OECD-Mittel sind es nur 26 Prozent. Entsprechend liegt die Vollzeiterwerbsquote bei Frauen in der Schweiz mit knapp 40 Prozent leicht unter dem OECD-Durchschnitt von 42 Prozent. Von den Männern arbeiten in der Schweiz nur 9,2 Prozent Teilzeit. Im OECD-Mittel sind es 8,4 Prozent. Auch die Erwerbsbeteiligung der 55- bis 64-Jährigen ist in den vergangenen Jahren gestiegen und lag auch 2009 mit gut 68 Prozent deutlich höher als im OECD-Durchschnitt von 54,5 Prozent.

Fazit der OECD: Die Wirtschaftskrise hat sich in der Schweiz nicht so stark auf die Arbeitslosigkeit ausgewirkt wie in anderen Ländern. Zudem ist der Beschäftigungsgrad sehr hoch, und die Schweizer arbeiten mit zunehmendem Alter länger.

Gst

LEHRSTELLENMARKT - Kurz vor Lehrbeginn 2010 gibt es kaum Hektik. Das Angebot scheint ausreichend, ist aber nicht ganz marktgerecht.

Positive Trends und erste Fragezeichen

Gemäss der aktuellen Umfrage des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie BBT bei den Kantonen lassen sich auf dem Lehrstellenmarkt die folgenden Tendenzen feststellen:

- Die Westschweiz und das Tessin befinden sich noch bis Ende August in der Rekrutierungsphase. In der Deutschschweiz wurde ein grosser Teil der Lehrstellen bereits vergeben.
- Trotz ausgeglichener Lehrstellen-situation entspricht das Lehrstellenangebot in verschiedenen Berufsbereichen nicht immer der Nachfrage.
- Jugendliche mit sozialen oder schulischen Defiziten haben nach wie vor Mühe, einen Ausbildungsplatz zu finden.
- Für Anbieter von Ausbildungsplätzen in beruflichen Grundbildungen mit hohen Anforderungsprofilen gestaltet sich die Rekrutierung von geeigneten Bewerbern zunehmend schwieriger.

Kantonale Massnahmen

Die Kantone begegnen den genannten Tendenzen mit gezieltem Lehrstellenmarketing, Lehrstellennachweisen, Brückenangeboten und individueller Begleitung von Jugendlichen (etwa Case Management Berufsbildung). Kurz vor den Sommerferien unternahmen sie zusätzliche Anstrengungen, um in Spezialprojekten



Die gewerblichen Grundausbildungen erhalten immer mehr Konkurrenz - nicht zuletzt wegen des Riesenmangels an Pflegepersonal.

die verbleibenden Lehrplätze zu vermitteln. Zudem haben zahlreiche Kantone den Einsatz von Lehrstellenförderern verstärkt.

Noch freie Lehrstellen

Gemäss Kantonsangaben sind regional noch in diversen Berufsfeldern Lehrstellen offen. Unter www.berufsberatung.ch zeigt der Lehrstellennachweis LENA, welche Lehrstellen in den jeweiligen Kantonen zu vergeben sind. Insbesondere das Bau-

haupt- und Baunebengewerbe, die Holz- und Metallindustrie sowie die Landwirtschaft bieten auf Lehrbeginn 2010 weiterhin freie Ausbildungsplätze an.

Sorgenfalten beim sgv

Der sgv ist mit der aktuellen Situation auf dem Lehrstellenmarkt «im Grossen und Ganzen zufrieden», wie Vizedirektorin Christine Davatz festhält. «Das Angebot ist trotz der in vielen Branchen recht spürbaren Re-

zession praktisch gleich geblieben. Allerdings machen uns die künftigen Entwicklungen Sorgen.» Probleme werde es sicher mit der kleineren Nachfrage wegen der abnehmenden Zahl der Schulabgänger geben, meint die sgv-Bildungsfachfrau. Diese könnte etwa zur Folge haben, dass überdurchschnittlich viele Junge die KV-Lehre wählen können, während es im Handwerk und in den technischen Berufen oft an Interessenten mangelt. Davatz warnt: «Das könnte dazu führen, dass wir am Arbeitsmarkt vorbei ausbilden. Eine KV-Grundbildung garantiert heute bei weitem keine Anstellung, während das Baugewerbe nicht genug Fachkräfte rekrutieren kann.» Unklar sei auch, wie sich die dringend nötige Schaffung neuer Lehrstellen in der Gesundheitspflege auswirken werde. Möglicherweise müsste der Detailhandel die Zeche bezahlen. Für zusätzliche Unsicherheit sorgten gemäss Davatz aber auch die Gymnasien, welche die Schülerzahlen teils erhöhen möchten, sowie die neu auf dem Arbeitsmarkt auftretenden Bachelors. «Diese 22- bis 23-Jährigen haben einen akademischen Titel, aber in der Regel keine beruflichen Erfahrungen. Das macht sie für viele Arbeitgeber nicht sonderlich attraktiv.»

Lu

FERIENERINNERUNGEN – Ist die sommerliche Verschnaufpause vorbei, steigt das Verlangen, den Urlaub im Garten oder auf dem Balkon zu verlängern. Inspirationen bringt man gleich mit.

Dolce Vita im eigenen Garten



Voll im Trend: Mediterran inspirierte Gärten und Terrassen findet man immer häufiger auch nördlich der Alpen.

BILDER STURM/PIXELIO UND ZVG

Dekorative Accessoires

Neben südlichen Materialien, Farben und Pflanzen wecken auch dekorative Accessoires die Sehnsucht nach «Dolce Vita», «Bella Italia», «Le Midi» und «pura vida». Die Fachzeitschrift «Lisa Wohnen & Dekorieren» nennt als Beispiel die Zweit-Verwendung von ausgepressten Zitronenhälften. Mit Wachs ausgegossen und mit Dochten versehen oder einfach mit Kerzen bestückt und auf einer Etage dekoriert, versetzen die knallgelben, aromatisch duftenden Schalen stimmungsmässig in die Gärten der Toskana. Oder speziell für Frankreich-Fans: In Einmachgläser ein kleineres Konservenglas stellen, das als Windlicht dient. Im Zwischenraum dann ein Miniatur-Kräuterbeet aus Lavendel, Thymian- und Rosmarin-Zweigen arrangieren. Ein kariertes Schleifen umbinden und fertig ist der attraktive Urlaubsgruss aus der Provence. Ebenfalls immer attraktiv sind Antiquitäten wie alte Kommoden, Windspiele oder Obstschalen, wie sie auf Flohmärkten vor Ort vielfach angeboten werden.

Ergänzt wird der laue Sommerabend im eigenen mediterranen Garten schliesslich mit einer Beleuchtung, die Bepflanzung, Mobiliar und Farben ins rechte Licht rückt. Mit einem Glas Côtes de Provence, Barbera d'Alba oder Pago de los Capellanes lässt sich nun prächtig in Urlaubserinnerungen schwelgen. Und vielleicht reift ja auch die Erkenntnis, dass es möglicherweise zu Hause eben doch am schönsten ist. *Patrick Gunti*

Für Hunderttausende Eidgenossen ist Erholung mit mediterranem Flair so angesagt wie selten zuvor. Leider ist die vermeintlich schönste Zeit des Jahres aber viel zu schnell vorbei. Was würde da näherliegen, als das Lebensgefühl des Mittelmeerraums in den heimischen Garten oder auf den Balkon zu importieren? Der Trend ist unübersehbar, und Gärtnergewerbe wie auch Grossverteiler helfen gerne mit einem immer breiteren Sortiment an Pflanzen, Mobiliar, Steinelementen oder Accessoires nach.

Erlaubt ist, was gefällt

Hobbygärtner überbieten sich in Blogs und Foren mit Ideen und Vorschlägen, was denn nun den Süden

in den heimischen Garten bringt. Grundsätzlich gilt: Erlaubt ist, was gefällt. Allerdings empfiehlt es sich, vor der Anlage eines mediterranen Heim-Refugiums gut zu überlegen, welches die persönlichen Präferenzen sind und welche Ziele man verfolgt. Es gibt Pflanzen, Materialien und Farben, die ganz das Flair Spaniens, Italiens, Griechenlands, Frankreichs oder der Türkei am besten widerspiegeln.

Farbe verbindet

Verbindend ist allen eingesetzten Materialien die Farbe, denn der mediterrane Stil setzt ganz auf erdige, sanfte Farbtöne. Typisch ist die Farbe Ocker, die früher im Mittelmeerraum aus Brauneisenstein, Tonmineralien, Quarz und Kalk gemischt wurde, heute aber meist auf künstlicher Basis hergestellt wird. Die Palette von Ockerfarben reicht von Gelbtönen über Orange und Rot bis hin zu Braun. Weitere bestimmende Farben sind vor allem bei Türen- und Fensterrahmen verschiedene Grün- und Blautöne, die in südlichen Ländern symbolisch für die Früchte der Felder resp. für das Meer stehen. Auch Weisstöne kombiniert mit natürlichen Materialien sorgen für eine warme Atmosphäre.

Terracotta ist ein Muss

Die wahrscheinlich am häufigsten eingesetzte Farbe und gleichzeitig eines der am meisten verwendeten Materialien des Südens ist Terracotta (zu Deutsch: «gebrannte Erde»). Terracotta ist einer der ältesten Werkstoffe der Kulturgeschichte. Er wird aus eisenhaltigem rotem, aber auch aus kalkhaltigem gelblichem Ton hergestellt. Terracotta-Stücke weisen einen natürlich-warmen Farbton und gute Haltbarkeit auf, sind wasserfest und je nach Herkunftsort auch widerstandsfähig gegen Frost. Angeboten

werden grossformatige Keramikelemente für Fassadenkonstruktionen, Fliesen verschiedenster Form oder Accessoires wie Vasen, Aschenbecher oder eben Pflanzen-Töpfe. Terracotta bringt auch an trübsten Tagen Erinnerungen an die wärmeren Sonnenstrahlen des letzten Urlaubs in den heimischen Garten.

Olivenbaum als Symbol

Neben den sanften Farbtönen gibt es ein weiteres verbindendes Element der mediterranen Vegetation und Kulturlandschaft: den Olivenbaum. Es gibt allein im Mittelmeerraum über 1000 Sorten von Olivenbäumen. Je nach Klima und Bodenbeschaffenheit hat sich der Olivenbaum über Hunderte Jahre anders entwickelt, manche Sorten sind gar auf einzelne Dörfer beschränkt.

Im Winter frostsicher eingepackt, kann ein Olivenbaum auch nördlich der Alpen gedeihen. «Olea europaea» wächst aber vor allem in Gebieten, die keine extremen Klimabedingungen aufweisen. Er kann hohe Hitze ertragen, Frost ist aber sein ärgster Feind. Es wurde immer wieder versucht, das Anbauggebiet des Olivenbaums nach Norden und in rauere Gebiete zu erweitern, letztendlich schlugen aber alle Versuche fehl. Für Anhänger mediterraner Gärten hierzulande vielleicht spannender als der Olivenbaum an sich, ist dessen Holz, das im südlichen Europa bevorzugt für den Möbelbau verwendet wird.

Geschmiedetes statt Holz

Grundsätzlich verfügen die Länder rund um das Mittelmeer aber nicht (mehr) über ein grosses Holzangebot. Seit langer Zeit dient deshalb geschmiedetes Metall als Ersatz für das Naturprodukt. Schöne Terrassentische und Terrassenstühle aus Metall ergänzt mit Blumenregalen aus dem

gleichen Material und in Kombination mit anderen Werkstoffen wecken denn auch Erinnerungen an Schatten versprechende Ecken und Plätze mit südlichem Ambiente. Der Olivenbaum ist zwar der König des Südens, doch er hat harte Konkurrenz. Zu den populärsten Duftspendern im mediterranen Garten zählen Orangen-, Mandarinen und Zitronenbäumchen. Für die richtige Atmosphäre sorgen auch Pflanzen wie Oleander, Hibiskus, Myrte, Jasmin, Palmlilie, Kletterrosen, Lorbeer, Feigen, Bleiwurz oder Granatapfel. Würzige Kräuter wie Zitronenmelisse, Salbei, Thymian, Basilikum, Oregano, Koriander, Rosmarin und Lavendel erfreuen nicht nur das Auge, sondern in Verbindung mit der schmackhaften und gesunden mediterranen Küche auch unsere Sinne.

«Outsourcing» im Winter

Während der Olivenbaum relativ hart im Nehmen ist und gut eingepackt auch Minusgrade übersteht, müssen viele andere mediterrane Pflanzen in

frostfreien Räumen überwintert werden. Trockene und warme Wohnungen fallen als Winterquartier aus, weil die Temperatur und die Luftfeuchtigkeit nicht geeignet sind. Da drängen sich eine Garage mit Lichteinfall, ein unbeheizter Wintergarten, ein Hausflur oder ein Keller schon eher auf. Spezielle Tipps hat das Garten-Fachgeschäft immer bereit – und möglicherweise auch mehr. Denn wer keinen Platz oder sich eine Überwinterung nicht zutraut, kann in vielen Gärtnereien seine Kübelpflanzen gegen eine Gebühr bis zum Frühling in Obhut geben. Und: Mehrere Angebote einholen kann viel Geld sparen.

Patrik Gunti



Ohne Olivenbaum geht nichts: Bei spezialisierten Gartenbaubetrieben kann man die «Symbole des Südens» sogar mieten.



Terracotta mia: Warme, erdige Farbtöne sind nicht nur als Bodenbelag «in».

WÜTHRICH METZG – Der Fleischfachmann aus Münchenbuchsee macht sich Sorgen um die Zukunft der Branche. Er fürchtet, dass der Nachwuchs ausbleibt und die Kundschaft die vermeintlich günstigeren Grossverteiler bevorzugt.

Ein Beruf kämpft gegen Vorurteile



Die eigentliche Kunst des Metzgerhandwerks ist das Wurst.

Auf der Internetseite der Metzgerei Wüthrich gibt es eine Rubrik mit dem Titel «Ausbildung und Jobs». Geschäftsinhaber Fritz Wüthrich spricht dort Jugendliche und ihre Eltern direkt an: «In unserem Fachbetrieb bilden wir Metzger und Charcuterie-Verkäuferinnen aus und geben Jugendlichen damit eine sichere Perspektive für die Zukunft. Falls Sie sich angesprochen fühlen, freuen wir uns auf einen Anruf oder Besuch bei uns!» Beim Besuch vor Ort in Münchenbuchsee muss das erhoffte Interview mit einer angehenden Fleischfachfrau oder einem künftigen Fleischfachmann aber ausfallen.

Der Präsident des Kantonal-Bernischen Metzgermeisterverbandes hat es nicht geschafft, den Lehrstellenplatz in seinem Betrieb zu besetzen. «Unser Beruf geniesst leider in der Gesellschaft kein hohes Ansehen mehr. Wenn Jugendliche sich für einen Beruf in der Fleischbranche interessieren, stellen sich häufig ihre Eltern dagegen», erzählt Fritz Wüthrich. Dabei sei der Beruf abwechslungsreich und erst noch im ständigen Wandel. «In Planung ist der neue Schwerpunkt Traiteur, dank dem Fleischfachleute künftig auch ihr Kochtalent ausleben können», erklärt er.

Vier Ausbildungsschwerpunkte

Doch bereits heute können die Lernenden aus vier Ausbildungsschwerpunkten auswählen. Wer sich auf den Schwerpunkt «Gewinnung» entscheidet, eignet sich einerseits das Wissen für fachgerechtes Schlachten, Zerlegen und Ausbeinen an. Andererseits setzt er sich intensiv mit Haltung, Fütterung und Aufzucht der Tiere auseinander.

Beim Schwerpunkt «Verarbeitung» steht die Herstellung verkaufsfertiger Produkte im Mittelpunkt, also beispielsweise das Zerlegen, Würzen, Räuchern und Wurst. Zudem gibt es auch den Schwerpunkt «Indus-

trielle Verarbeitung», der speziell auf die Bedürfnisse im industriellen Mittel- und Grossbetrieb ausgerichtet ist. Fleischfachleute mit dem Schwerpunkt «Veredelung» arbeiten schliesslich hauptsächlich in der Ladenvorbereitung und im Verkauf, ebenso sind sie für die Herstellung von Pasteten, Terrinen und Traiteurplatten zuständig.

Die Fleischfachleute absolvieren in jedem Fall eine dreijährige berufliche Grundbildung, die mit dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis abschliesst. Eine andere Möglichkeit ist es, die zweijährige Grundbildung zum Fleischfachassistenten zu absolvieren. Die Ausbildung führt in der Praxis zu weniger Selbstständigkeit, und der Schulstoff in der Berufsschule ist etwas einfacher.

Den ganzen Betrieb kennen

Fritz Wüthrich ist es wichtig, dass all seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeweils den ganzen Betrieb kennen. «Genauso, wie sie mindestens an einem Tag in der Woche beim Schlachten mithelfen müssen, müssen sie mehrere Stunden pro Woche die Kundschaft bedienen», so Wüthrich. Gerade Letzteres sei für Berufsspezialisten, die lieber im Hintergrund arbeiten würden, nicht immer einfach. Besonders dann nicht, wenn sie einer überaus preisbewussten Kundschaft gegenüberstehen. Da kämen schon mal Leute ins Geschäft, welche den Chef mit dem Satz «Ich weiss ja, dass du teuer bist als der Grossverteiler» begrüsst. «82 Prozent der Schweizer Fleischwaren werden heute nicht in Metzgereien gekauft. Ein grosser Teil der Kundschaft kommt nur noch vor speziellen Anlässen in unsere Fachgeschäfte», analysiert Wüthrich. «Als ob der Einkauf in der Metzgerei heute zur Luxusalternative geworden ist. So ein Unsinn.»

Grössere Auswahl, gleiches Preisniveau

Wüthrich stört vor allem, dass sich die Kundschaft von Vorurteilen leiten lasse und gar keine eigenen Preisvergleiche mehr zwischen Fachgeschäften und Grossverteilern anstelle. «Wegen ein paar grellen Aktionspreisschildern» würden sie den Grossverteiler einfach als billiger einstufen und gar nicht bemerken, dass in der Metzgerei die saftigen Fleischstücke und schmackhaften Würste auf dem selben Preisniveau verkauft würden. Mit dem Unterschied, dass die Kundinnen und Kunden im Fachgeschäft eine grössere Auswahl vorfinden und freundlich und umfassend beraten werden.

DAS UNTERNEHMEN

Die Metzgerei Wüthrich beschäftigt 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 9 davon in Vollzeitstellen. Im Fachgeschäft an der Oberdorfstrasse 9 in Münchenbuchsee werden auch ein breites Käsesortiment, hausgemachte Nudeln und zahlreiche Genussmittel wie Weine und Zigarren angeboten. Die Metzgerei ist auch für ihren Party-Service und ihren Webshop bekannt.

Exquisite Spezialitäten

Fritz Wüthrich hat längst gemerkt, dass er gegen das Preis-Vorurteil gar nicht ankommt und versucht die Gunst der Kundschaft mit einem vielfältigen, hochstehenden Angebot für sich zu gewinnen. «Wer seinen kulinarischen Genuss ausleben will, findet bei mir sicher die richtigen Zutaten», sagt Wüthrich.

Die Fleischtheke ist überaus abwechslungsreich zusammengesetzt, wobei vor allem die vielen Grillspezialitäten, die Fleischwaren aus der eigenen Rauchkammer und die nach alten Rezepturen zubereiteten Pasteten weit über die Dorfgrenzen hinaus bekannt sind.

Seit 15 Jahren gibt es in der Metzgerei auch eine grosse Käsetheke, an der die Kundinnen und Kunden verschiedenste Spezialitäten aus dem Bernbiet entdecken können. Zum Geheimtipp ist die Nudeldecke geworden, für die eigens kreierte Hartweizengriess-Rezepte verwendet werden. Die Pilz-, Bärlauch- oder Zitronen-Nudeln werden im Zürcher Oberland hergestellt. Und schliesslich ist in der Metzgerei Wüthrich auch richtig, wer feinen Wein oder eine Zigarre sucht.

Dorfbekannte Kinderecke

Wenn Eltern mit ihren Kindern vorbeikommen, bekommt der Nachwuchs wie anderswo natürlich ein Stücklein Wurst. Doch die Kinderaugen strahlen beim Metzgereibesuch vor allem wegen der dorfbekannt Kinderecke. Dort stehen immer neue Spielzeuge, welche die kleinen Besucher ausprobieren dürfen. «Die Ecke haben wir schon vor 20 Jahren eingerichtet. Es ist immer wieder schön zu sehen, welche Freude die Kinder daran haben und selbst an Sonntagen jeweils ihre Nase ans Schaufenster drücken», erklärt Wüthrich. Und er hofft, dass die Jugendlichen und Erwachsenen von morgen wieder mehr Verständnis für seinen Berufsstand haben werden. *Matthias Engel*

LINKS

www.wuethrich-metzg.ch

Ausgewählte Fleischspezialitäten der Metzgerei Wüthrich können neu auch im Internet bestellt werden.

Die Cervelat kommt per Post

Der Traum aller Hunde wird wahr. Endlich liefert der Pöstler nicht mehr nur Kleider und Bücher aus, sondern auch Pakete voller Cervelats oder ganze Burehammen. Da beissen Hunde gerne zu – natürlich in die Fleischwaren und nicht in die Beine des Postboten. Voraussetzung für die genussvolle Hauslieferung ist, dass Frauchen und Herrchen vom neuesten Angebot der Metzgerei Wüthrich Gebrauch macht: Seit ein paar Wochen können alle Genussmenschen im Wüthrich-Metzg-Webshop ausgewählte Fleischspezialitäten anwählen und in den virtuellen Warenkorb verschicken.

Als Geschenkidee verpackt

Zur Auswahl stehen Räucherspezialitäten wie Bauernwurst und Burehamme, genussvolle Fleischgerichte wie Schlemmerspiessli und Tessinerbraten, allerlei Würste sowie diverse Feinkost-Pasteten. Empfehlenswert sind auch die beiden pfannenfertigen Topfgerichte «Mexicaine» mit rassis gewürztem Rindfleisch und der «Buchsitopf» voller Schweinefleisch. Und dass die Hausspezialitäten Knabberstängeli und Wanderriegel

für den rohen Apéro-Knabberspass auch im Internet erhältlich sind, versteht sich von selbst. Die Knabberstängeli werden auf Wunsch gar als hübsch geschmückte Geschenkidee verpackt.

Gekühlt verschickt

Die kühlpflichtigen Waren werden selbstverständlich in speziellen Verpackungen mit Einweg-Kühlelementen verschickt. So büssen die Wurst- und Fleischwaren auf dem Postweg auch nicht ihre Topqualität und Frische ein.

Der Heimliefer-Service kostet den Kunden nur einen geringen Aufpreis, der davon abhängt, ob er lieber per Nachnahme oder mit dem beigelegten Einzahlungsschein bezahlt. Selbstverständlich kann er die Bestellung auch selber im Laden abholen. «Die Internet-Bestellungen machen bislang nur einen geringen Teil an unserem Umsatz aus. Auch telefonische Vorbestellungen sind nach wie vor zahlreicher. Unser Webshop ist aber eine gute Alternative zu den etablierten Möglichkeiten, bei uns Fleisch zu kaufen», so Fritz Wüthrich. Die meisten Kunden möchten

den persönlichen Kontakt im Geschäft nicht missen. Doch komme es immer häufiger vor, dass beispielsweise eine Ehefrau per Telefon bestimmte Fleischwaren bestelle und ihr Mann die bereitliegende Ware dann auf dem Heimweg von der Arbeit abhole.

Auch Partyservice

Manchmal bringt zur Freude der Hunde nicht der Pöstler das Fleisch vorbei, sondern Fritz Wüthrich und sein Team. Nämlich dann, wenn sich eine Kundin oder ein Kunde dafür entschieden hat, dass er bei einem geselligen Anlass selber in der Küche beziehungsweise am Grill stehen möchte. Für solche Fälle nimmt das Partyservice-Team der Metzgerei Wüthrich gerne Aufträge entgegen. «Unser Partyservice ist für Gesellschaften von 20 bis 150 Personen gedacht und ideal ausgerüstet für jeden Apéro, jeden Grillplausch und jedes Fleischfondue», sagt Wüthrich. Doch auch für Geniesser, die lieber eine Wok time oder ein reichhaltiges Käsebuffet vorziehen, hat Fritz Wüthrich entsprechende Angebote.

met



Fritz Wüthrich ist Präsident des Kantonal-Bernischen Metzgermeisterverbandes.

LEBENSMITTEL- UND SWISSNESSPOLITIK – Ein engagiertes Plädoyer der NZZ-Inlandredaktorin Claudia Wirz gegen den unbändigen Regulierungseifer der staatlichen Präventionsapostel und für Augenmass beim Schutz der Marke Schweiz.

«Soll unser Staat auch die Rolle des Ernährungsberaters übernehmen?»

Seit einigen Jahren befasst sich die NZZ-Journalistin Claudia Wirz mit der schweizerischen Präventionspolitik. Kein Wunder, dass sie kürzlich von der sgv-Arbeitsgruppe Lebensmittel eingeladen wurde, ein Grundsatzreferat zum Thema «Liberaler Lebensmittelpolitik» zu halten. Nachstehend der Text der mit viel Applaus bedachten Ansprache im vollen Wortlaut.

Ich habe den Auftrag, ein Plädoyer für eine liberale Lebensmittelpolitik zu halten, sehr gerne angenommen. Denn mit dem zunehmenden Regulierungseifer der Politik in diesem Bereich steht nicht nur die Wirtschaftsfreiheit, sondern auch unsere Gaumenfreude zur Disposition. Ich möchte mit einer kurzen persönlichen Episode beginnen.

«DIE POLITIK SIEHT IHRE AUFGABE ZUNEHMEND DARIN, DIE MENSCHEN VOR SICH SELBST ZU SCHÜTZEN UND IN ERNÄHRUNGSFRAGEN ZU ERZIEHEN.»

Vor einigen Jahren, es muss 2003 gewesen sein, hatte ich das Vergnügen, einen grandiosen Auftritt von Harry Rowohlt im Zürcher Schauspielhaus mitzerleben. Das Programm, mit dem der sprachgewaltige Spross der deutschen Verlegerfamilie durch die Theater im deutschsprachigen Raum tourte, hiess vielversprechend «Schauspieler mit Betonung». Das Programm war eigentlich ganz einfach. Es beschränkte sich darauf, dass Harry Rowohlt, an einem Tischchen sitzend, mit seiner sonorigen, von jahrzehntelangem Gauloises-Konsum gezeichneten Stimme ausgewählte literarische Texte vorlas und sich dabei regelmässig einmal irischen, dann schottischen Whiskey genehmigte. Das Programm endete zwangsläufig damit, dass der «Ambassador of Irish Whiskey», wie Rowohlt sich offiziell nennen durfte, sturzbetrunken war und sich nur mit Mühe in die Garderobe zurückziehen konnte. Interessanterweise wurden

die vorgetragenen Texte mit dem zunehmenden Blutalkoholpegel des Vortragenden immer witziger und geistreicher; das johlende Publikum hatte seine helle Freude daran. Blickt man auf die verschiedenen politischen Aktivitäten im Bereich Lebensmittel und Prävention, ist es schon fast ein Wunder, dass ein solches Programm heutzutage in der Schweiz überhaupt noch ohne Warnhinweise und Zensurbalken aufgeführt werden darf. Ein Programm, welches das Publikum sozusagen zum «Passivtrinken» zwingt, passt so gar nicht zusammen mit einer Politik, die ihre Aufgabe zunehmend darin sieht, die Menschen vor sich selbst zu schützen und in Ernährungsfragen zum Besseren zu erziehen. Vielleicht mag der eine oder andere Politiker in einer lichten Stunde mal daran zweifeln, ob der Staat wirklich die Rolle eines Ernährungsberaters übernehmen soll. Doch der Verweis auf die Gesundheitskosten ist allseits ein dankbarer Vorwand, um die zunehmende Einmischung des Staates in den Privatbereich der Bürger zu rechtfertigen.

Allein zum Stichwort «Übergewicht» finden sich in der Curia Vista, der Geschäftsdatenbank des eidgenössischen Parlaments, 38 Treffer. Zum Beispiel – willkürlich herausgegriffen – einer des Berner Grünen Alec von Graffenried. Er macht sich Sorgen um die Männergesundheit und findet, dass angesichts von Phänomenen wie Übergewicht, Stress oder hoher Alkoholkonsum unter Männern gezielte Massnahmen und Informationskam-



Müssen die mündigen Bürgerinnen und Bürger vor den Kalorien im Burger geschützt werden?

pagnen nötig sind, um die Männer für diese geschlechtsspezifischen Gesundheitsrisiken zu sensibilisieren. Er schlägt eine staatliche «Men's Health Policy» vor. Thema eines anderen – mittlerweile zurückgezogenen – Vorstosses des Bieler Sozialdemokraten Robert Lumengo wiederum befasst sich mit dem Missbrauchspotenzial bei den Energy-Drinks. Es seien Massnahmen zu treffen, um namentlich jugendliche Erwachsene über die Folgen dieses Missbrauchs aufzuklären. Solche und ähnliche Vorstösse finden sich zuhauf. Wir erinnern uns etwa an den Vorschlag des ehemaligen Aargauer EVP-Nationalrats Heiner Studer, welcher der «Übergewichts-Epidemie» mit einer Fettsteuer zu Leibe zu rücken.

«ÜBERGEWICHT IST IMMER DAS ERGEBNIS EINES LEBENSSTILS UND KANN NICHT DEM KONSUM EINES BESTIMMTEN LEBENSMITTELS ZUGEORDNET WERDEN.»

Aber auch die Verwaltung überhäuft uns mit ihren Beglückungsversuchen. Die Vorlagen zielen in ihrer Art alle auf eine weitere Bevormundung des

Bürgers. Nehmen wir zum Beispiel das geplante Gesundheitslabel «Healthy Choices». Dieses Label, das vom Unilever-Konzern mitentwickelt wurde, soll nun auch die Schweizer Konsumenten zu gesünderem Essverhalten erziehen, obwohl das Label in Fachkreisen höchst umstritten ist und obwohl es tausend gute Gründe gibt, an seiner Wirksamkeit zu zweifeln. Das Label ist nicht geeignet, die Konsumenteninformation zu verbessern, geschweige denn das Konsumverhalten zu verändern. Übergewicht ist immer das Ergebnis eines Lebensstils und kann nicht dem Konsum eines bestimmten Lebensmittels zugeordnet werden. Ausserdem ist der Kalorienbedarf eines Menschen je nach Lebensstil und Alter höchst individuell. Ein «einfach verständliches Label», wie es einigen Politikern vorschwebt, kann komplexe Sachverhalte wie die Energiebilanz des menschlichen Organismus niemals abbilden. Es führt im Gegenteil zu Verwirrung und Irreführung und zur Diskriminierung von bestimmten Nahrungsmitteln. Die Einführung des Choices-Labels muss deshalb mit aller Entschiedenheit verhindert werden.

Den liberalen Geist stört aber weniger die wahrscheinliche Unwirksamkeit solcher Projekte, zu denen man vermutlich das ganze geplante Prä-

ventionsgesetz wird zählen müssen. Die Kosten, die solche Regulierungen in der Wirtschaft und beim Steuerzahler verursachen, sind zwar ärgerlich, aber auch nicht die zentrale Sorge. Vielmehr schreckt den liberalen Geist die Philosophie, die grundsätzlich hinter solchen Projekten steckt.

«ES GEHT DEM STAAT DARUM, DIE GESELLSCHAFT ZU VERÄNDERN, ZU FORMEN UND ZU STANDARDISIEREN – UND ZWAR NICHT NUR IM ERNÄHRUNGSBEREICH.»

Es geht dem Staat dabei immer darum, die Gesellschaft zu verändern, zu formen und zu standardisieren – nicht nur im Ernährungsbereich. Denken Sie etwa an die ganze Familienpolitik. Heute muss sich fast schon rechtfertigen, wer sein Kind nicht in die Krippe schickt. Wer ein traditionelles Familienmodell lebt, gilt als ewiggestrig.

Es geht bei der Verreglementierung des Privaten also schlichtweg um Macht. Um neue politische Gestaltungsmöglichkeiten für den Staat und damit letztlich um den Abbau



Das Körpergewicht ist eine Privatsache – oder?



Sojaanbau in Brasilien: Der heutige Schweizer Futtermittelimport erfordert eine Ackerfläche, die praktisch derjenigen der Schweiz entspricht.

bürgerlicher Freiheiten. Nicht umsonst musste ich mir kürzlich von einem erstaunten chinesischen Diplomaten, der erst einige Monate in der Schweiz ist, sagen lassen, die persönlichen Freiheiten seien mittlerweile in der Volksrepublik China schon grösser als in der Schweiz, denken Sie etwa an die Ladenöffnungszeiten.

Eine solche Entwicklung sollte uns eigentlich zutiefst erschrecken. Denn die Freiheit ist ein kostbares Gut. Unsere Vorfahren haben sie einmal hart erkämpfen müssen. Doch es bleibt beängstigend still. Mit dem bereits erwähnten Argument der Gesundheitskosten, der Chancengleichheit oder der Gerechtigkeit scheint der schleichende Verlust der Freiheit in der öffentlichen Wahrnehmung gesellschaftsfähig geworden zu sein. Gleichzeitig wächst – ebenfalls vorab von der Linken politisch gesteuert – die Erwartungshaltung der Bürger an den Staat.

Der Staat dringt also immer weiter in den höchstpersönlichen Lebensbereich der Bürger ein. Er definiert nicht nur im Ernährungsbereich, was gesellschaftlich erwünscht ist und was nicht, er definiert, was gesund ist und was nicht, er definiert, was sich beim Essen gehört. Eine derartige Beeinflussung der bürgerlichen Entscheidungshoheit hat durchaus gewisse Ähnlichkeiten mit der Religion. Allein, in Bezug auf den Glauben haben wir in der Schweiz zum Glück die Religionsfreiheit; dem missionarischen Eifer der gesetzgeberischen Gesundheitsapostel sind wir

aber praktisch schutzlos ausgeliefert. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, den idealen Bürger zu definieren. Solches Tun ist äusserst gefährlich. Im liberalen Staat muss niemand von Staates wegen schlank, schön, informiert, durchtrainiert und Nichtraucher sein. Es gibt genauso ein Recht darauf, dumm, dick, hässlich und desinformiert zu sein. Hier hat sich der Staat schlicht nicht einzumischen; das ist eine Tabu-Zone.

«IM LIBERALEN STAAT MUSS NIEMAND VON STAATES WEGEN SCHLANK, SCHÖN, INFORMIERT, DURCHTRAINIERT UND NICHTRAUCHER SEIN.»

Das immer wieder vorgebrachte Argument, die Prävention sei nötig wegen der wachsenden Gesundheitskosten, kann die staatliche Gesundheitserziehung aus einem liberalen Blickwinkel ebenfalls niemals rechtfertigen. Nicht die Gesellschaft muss sich dem System anpassen, das System muss sich der Gesellschaft anpassen. Das gilt im Übrigen keineswegs nur für den Ernährungsbereich, sondern zum Beispiel auch in Bezug auf die Altersvorsorge. Kein Vorsorgesystem kann es rechtfertigen, dass der Staat die Frauen anhält, gebärfreudiger zu werden. Solche staatlichen Gebärappelle sind antiliberal und haben in einem freiheitlichen System nichts zu suchen. Leider sind in der Vergangenheit solche Appelle unter anderem ausgerechnet von einem freisinnigen Bundesrat ausgegangen.

«NICHT DIE GESELLSCHAFT MUSS SICH DEM SYSTEM ANPASSEN, DAS SYSTEM MUSS SICH DER GESELLSCHAFT ANPASSEN.»

Bevormundungspläne im Ernährungsbereich sind zudem grundsätzlich eine Bankrotterklärung an die Demokratie und an den Glauben der Politik in die geistigen Fähigkeiten der Bevölkerung. Ich frage mich, wie

soll jemand, der im Alltag offenbar nicht einmal mit einem Red Bull zu recht kommt, die Neugestaltung des Finanzausgleichs beurteilen können? Wie soll jemand, der nicht imstande ist, Prozentangaben auf einer Lebensmittelverpackung zu verstehen, über das Schengen-Dublin-Abkommen eine Meinung bilden können? Müsste man also den Bürgern nicht konsequenterweise auch die Fähigkeit absprechen, ihre politischen Rechte auszuüben? Es stehen also ganz grundlegende bürgerliche Freiheiten zur Disposition und ich wundere mich jedes Mal, warum sich eigentlich nicht jeder halbwegs wache Geist von solchen staatlichen Anmassungen direkt beleidigt fühlt.

Neben der Prävention findet die findige Politik auch noch weitere Betätigungsfelder, um sich um das leibliche Wohl der Bürger zu kümmern. Die Swissness-Vorlage ist zurzeit ein wichtiges Geschäft. Es ist ja gut und recht, wenn die Marke Schweiz vor Missbrauch geschützt werden soll. Aber auch hier gilt – alles mit Mass und Ziel. Die Vorlage ist ja schliesslich dazu gedacht, den Werkplatz Schweiz zu stärken und nicht zu schwächen.

«BEVORMUNDUNGSPLÄNE IM ERNÄHRUNGSBEREICH SIND GRUNDSÄTZLICH EINE BANKROTTERKLÄRUNG AN DIE DEMOKRATIE.»

Leider sieht es heute aber so aus, als würde der behördliche helvetische Perfektionismus genau das Gegenteil produzieren. Mit der 80-Prozent-Rohstoff-Regel im Lebensmittelbereich wird eine ebenso übertriebene wie unredliche Formel vorgeschlagen, die sich im Lichte des geplanten Freihandelsabkommens mit der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich viel zu stark von bäuerlichen, sprich agrarprotektionistischen Interessen leiten lässt. Kein Wunder, freut sich der Bauernverband herzlich über diese Vorlage. Meines Erachtens handelt es sich hier allerdings um eine kurzfristige Freude; denn ausgerechnet die Bauern müssten an einer gesunden und konkurrenzfähigen Schweizer Lebensmittelverarbeitung doch allergrösstes Interesse haben!

Die Swissness-Vorlage droht nun aber vielmehr eine Gefahr für die Branche zu werden.

«VORLAGEN WIE DAS SWISSNESS-GESCHÄFT VERLIEREN OFT IHREN URSPRÜNGLICHEN ZWECK UND WERDEN ZUM SPIELBALL POLITISCHER INTERESSEN.»

Für unredlich halte ich die Vorlage im Lebensmittelbereich vor allem deshalb, weil sie die Abhängigkeit der Schweizer Agrarproduktion von importierten Produktionsmitteln vollständig unterschlägt. Von amtlicher Stelle wird der Schweiz ein Selbstversorgungsgrad von rund 60 Prozent attestiert. Bei den tierischen Produkten liegt der Wert sogar bei 95 Prozent. Doch diese Zahl bildet nur die halbe Wahrheit ab. Nicht berücksichtigt sind die Futtermittel- und Energieimporte. Hier ist die Schweiz alles andere als eine Selbstversorgerin. Laut den Zahlen des Agrarberichts importiert die Schweiz rund die Hälfte der benötigten Futtermittel. Die Futtermittelimporte haben laut dem Ende Februar präsentierten «Weissbuch Landwirtschaft Schweiz» seit

der Einführung der Direktzahlungen markant zugenommen. So importiert die Schweiz heute doppelt so viel Futtermittel wie vor 20 Jahren. Der grösste Teil davon kommt aus Brasilien und wächst auf ehemaligem Urwaldboden. Der heutige Schweizer Futtermittelimport erfordert laut dem Weissbuch eine Ackerfläche, die praktisch derjenigen der Schweiz entspricht. Projiziert man nun die erwähnte 80-Prozent-Regel auf die landwirtschaftliche Produktion, dürfte man das Kotelett eines mit brasilianischer Soja gefütterten Schweinchens eigentlich nicht als Schweizer Produkt verkaufen. Diese Haltung hat sogar Bauernverbands-Präsident Hansjörg Walter in der NZZ als mehr oder weniger berechtigt bezeichnen müssen.

Natürlich würde es auch das Metzgereigewerbe nicht freuen, wenn Schweizer Kotelett nicht mehr als Schweizer Produkt verkauft werden dürfte. Aber das Beispiel zeigt, dass Vorlagen wie das Swissness-Geschäft in der politischen Umsetzung oft ihren ursprünglichen Zweck verlieren und zum Spielball politischer Interessen werden. Deshalb ist es wichtig und absolut notwendig, antiliberale Tendenzen frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Die NZZ, das ist gewiss, wird sich dabei nicht lumpen lassen.

ZUR PERSON



Claudia Wirz wurde 1964 in Zürich geboren. Nach der Matura Studium der Sinologie, des Völkerrechts und der politischen Wissenschaften in Zürich. Einige Jahre Aufenthalt in der Volksrepublik China. Erste journalistische Erfahrungen noch während des Studiums. Danach Tätigkeit als freie Journalistin, dazu machte sie chinesisch-deutsche Übersetzungen. Seit 1994 Mitglied der Inlandredaktion der NZZ. Ihre Themenschwerpunkte sind die Agrar- und Konsumentenpolitik, Familien-, Gesundheits- und Gleichstellungsfragen sowie der Tierschutz. Sie zeichnet mitverantwortlich für die wöchentliche Beilage «Mensch und Arbeit».



Das Metzgereigewerbe würde es nicht freuen, wenn Schweizer Schweinskoteletten nicht mehr als Schweizer Produkt verkauft werden dürften...

TRIBÜNE

Die Schweizer Sozialpolitik auf Abwegen

In den vergangenen Tagen und Wochen konnten wir viel von Staatskrisen und dem Zwang verschiedener Regierungen in Europa zu rigorosen Sanierungsmassnahmen hören und lesen. Verschiedene Staaten stehen am Rande des Konkurses. Sie haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten schlicht über ihre Verhältnisse gelebt und müssen nun mit Hilfe des Auslandes den beschwerlichen Weg zurück zu einem vernünftigen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben finden.

Viele Alarmsignale

Die Schweiz steht da im Verhältnis noch etwas besser da. Dennoch sind das Ausgabenwachstum und die Schuldenwirtschaft, die vorab in den 1990er-Jahren sowie zu Beginn dieses Jahrzehnts markant gewachsen sind, beunruhigend. Die Schulden des Staates sind die Steuern unserer Kinder! Bei diesem enormen Ausgaben- und Schuldenwachstum fällt ein Bereich besonders auf – die verschiedenen Sozialwerke. Diese sind in den letzten Jahren weit überproportional zur wirtschaftlichen Leistung unseres Landes gewachsen. Heute beträgt der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandprodukt etwa 30 Prozent, das sind umgerechnet etwa 160 Milliarden Franken – Tendenz stark steigend.

Massive Mehrbelastungen

Für insgesamt vier Sozialwerke werden allein auf das kommende Jahr hin höhere Steuern, Prämien oder Lohnabzüge im Umfang von sage und schreibe zirka 3,5 bis 4,5 Milliarden Franken nötig. Dazu gehört erstens die Schuldentilgung der IV mit 0,4 Mehrwertsteuerprozentpunkten oder etwa 1,2 Milliarden Fran-



Nationalrat Bruno Zuppiger, Präsident Schweizerische Gewerbeverband sgv

ken. Zweitens müssen zur Finanzierung der vor vier Jahren eingeführten Mutterschaftsversicherung die Beiträge der Erwerbsersatzordnung (EO) bereits von 0,3 auf 0,5 Lohnprozente angehoben werden. Damit werden zusätzlich etwa 670 Millionen Franken abgeschöpft. Drittens werden die Beiträge der Arbeitslosenversicherung steigen, entweder um 0,2 Lohnprozente, wenn die Vorlage zur Revision der Arbeitslosenversicherung im September vom Volk angenommen wird, oder um 0,5 Lohnprozente, wenn sie abgelehnt wird. Das sind nochmals 670 Millionen oder bei Ablehnung gegen 1,7 Milliarden Franken. Und schliesslich werden die Krankenversicherer und der Staat ob des ungebremsten Wachstums der Gesundheitskosten nicht darum herumkommen die Prämien massiv zu erhöhen – man spricht von 7 bis 10 Prozent, was mindestens 1 Mrd. Franken entspricht.

Leider stellen diese massiven Mehrbelastungen, mit denen wir uns auf den Beginn des nächsten Jahres konfrontiert sehen, nur die Spitze des Eisbergs dar. Die laufend steigenden Kosten im Gesundheitswesen, aber auch die demografische Entwicklung unserer Gesellschaft sowie die übrigen Sozialwerke werden uns in Zukunft noch schwer zu schaffen machen. Zudem werden immer wieder neue Forderungen an den Sozialstaat gestellt, sei es in der Familienpolitik, in der Kinderbetreuung oder sonst wo. Der Ausbau des Sozialstaates geht munter weiter und wird – zusammen mit der Deckung verschiedener Finanzierungslücken – in den nächsten 10 Jahren allein beim Bund einen Mittelbedarf von etwa 6 bis 7 Mehrwertsteuerprozentpunkten, das heisst 18 bis 20 Mrd. Franken nötig machen.

Paradigmenwechsel nötig

Für mich steht fest: Dieser immense Ausbau des Sozialstaates kann und darf nicht so weitergehen! Die Auswirkungen auf unsere Wirtschaft wären verheerend. Und wir brauchen eine leistungsfähige Wirtschaft, um die soziale Wohlfahrt gewähren zu können! Aus meiner Sicht ist in der Sozialpolitik unbedingt ein Paradigmenwechsel nötig. Die Finanzierung der Sozialwerke darf in Zukunft nicht nur einseitig auf die stetig ausgeweiteten Leistungskataloge ausgerichtet werden. Vielmehr muss eine Ausgaben- und Schuldenbremse eingeführt werden, welche das Leistungsniveau auf ein vernünftiges Mass beschränkt. Die Eigenverantwortung muss wieder stärker zum Tragen kommen. Neben einer Grundleistung muss jeder selber bestimmen können, ob er eine Standard- oder Luxuslösung in Anspruch nehmen will – und diese auch selber berappen. Zu viel Absicherung hemmt die Eigeninitiative und die Leistungsbereitschaft, schadet damit der Wirtschaft und setzt unseren Wohlstand leichtfertig aufs Spiel.

Die kommende Abstimmung über die Revision der Arbeitslosenversicherung im September wird zeigen, ob die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für einen bescheidenen Paradigmenwechsel eintreten will, nämlich indem sie einer Vorlage zustimmt, die neben einer Erhöhung der Beiträge um 0,2 Prozent auch auf der Leistungsseite einige bescheidene Korrekturen vornehmen und verschiedene Fehlanreize beseitigen will.



Auch bei der Arbeitslosenversicherung gilt es, Fehlanreize zu vermeiden.

ZAHLEN DER WOCHE

Der Tourismus spürt die Krise

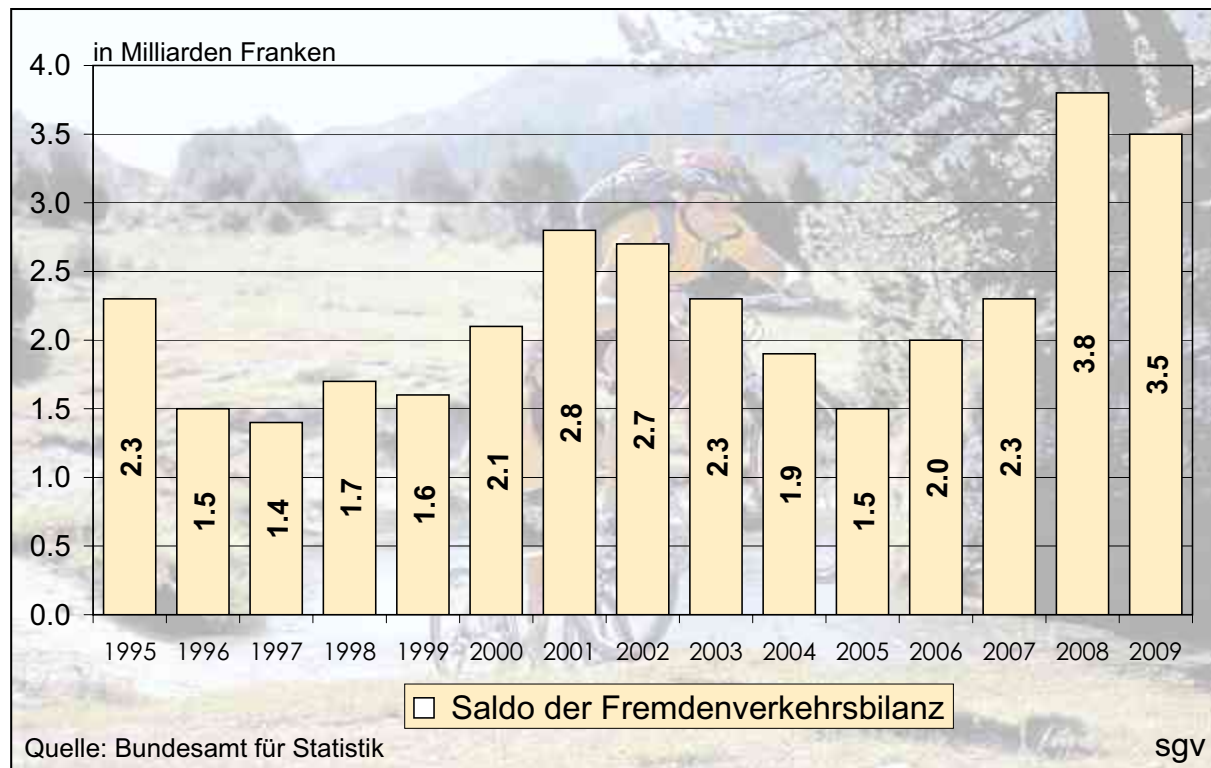
Gemäss ersten Schätzungen des Bundesamtes für Statistik gaben die ausländischen Reisenden (inklusive Kurzaufenthalter) 2009 in der Schweiz 15 Milliarden Franken aus, rund 600 Millionen weniger als ein Jahr zuvor (-3,8%). Die Ausgaben von schweizerischen Reisenden im Ausland gingen im gleichen Zeitraum um 277 Millionen Franken (-2,4%) auf 11,5 Milliarden Franken zurück. Daraus resultiert ein Aktivsaldo der Fremdenverkehrsbilanz von 3,5 Milliarden Franken (-316 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr).

Etwas mehr als zwei Drittel der Einnahmen von im Ausland ansässigen Reisenden in der Schweiz entfielen im Jahr 2009 auf den Reiseverkehr mit Übernachtungen. Nach den beiden sehr guten Jahren 2007 und 2008 kam es bei den ausländischen Gästen im Ferien- und Geschäftstourismus aufgrund der globalen Wirtschaftskrise zu einem deutlichen Rückgang der Einnahmen auf insgesamt 7,6 Milliarden Franken (-655 Mio./-7,9%).

Die Einnahmen aus den Spital- und Ausbildungsaufenthalten stiegen hingegen auch 2009 um 6,5% auf 2,4 Milliarden Franken, was insbesondere auf die weiterhin steigende Zahl

von ausländischen Studierenden an schweizerischen Hochschulen zurückgeführt werden kann. Die Einnahmen aus dem Tages- und Transitverkehr verringerten sich im Jahr

2009 um 1,5% auf 3,2 Milliarden Franken. Die Konsumausgaben der ausländischen Grenzgänger und Kurzaufenthalter nahmen um 2,2% auf 1,7 Milliarden Franken ab.



ECHO DER WOCHE

Warum greift niemand ein?

«Stunde der Ökobiurokraten», sgz vom 16. Juli

Mit Schrecken musste ich durch die Lektüre des Artikels feststellen, welche Massnahmen das Bundesamt für Umwelt (Bafu) an Volk und Parlament vorbeischiebt. Es darf doch nicht sein, dass Beamte in Eigenregie internationale Verträge und Gesetze manipulieren! Das Perfide ist, dass diese Machenschaften offenbar so gut verdeckt sind, dass sie nicht einmal von misstrauischen Parlamentariern aufgedeckt werden. Und wo bleiben die Medien, die bei bürgerlichen Bundesräten so schnell jeden kleinsten Fehler bemängeln? Interessant wäre zu erfahren, was der oberste Bafu-Chef, Bundesrat Moritz Leuenberger, von der Sache hält. Findet er auch, dass die komplexen Umweltprobleme für die beschränkten Parlamentarier «zu kompliziert» sind? Oder bringt er den Anstand auf, sich von seinen Chefbeamten zu distanzieren, die sich keinen Deut um die demokratischen Gepflogenheiten scheren?

Paul Kunz, Luzern

Ungenauigkeiten

«Variabler Rentenbezug», sgz vom 16. Juli

Der Artikel enthält zwei Ungenauigkeiten, die korrigiert werden müssen.

■ Der reduzierte Kürzungssatz gilt nur für Frauen, welche vor dem 1. Januar 1948 geboren sind. Für die übrigen Frauen gilt der gleiche Kürzungssatz wie für die Männer.

Frauen mit Jahrgang 1946 erhalten in diesem Jahr die ordentliche Altersrente. Frauen mit Jahrgang 1947 können ihre Altersrente um ein Jahr mit einem Kürzungssatz von 3,4% vorbeziehen. Allerdings müssen sie sich spätestens im Monat, in welchen sie ihren Geburtstag feiern, anmelden.

Frauen mit Jahrgang 1948 können ihre Altersrente ein oder zwei Jahre vorbeziehen, aber mit einer Kürzung von 6,8% resp. 13,6%.

■ Beim Vorbezug wird die Rente – wie richtig dargestellt ist – normal berechnet. Diese Rente wird dann um den Vorbezugsatz gekürzt. Findet während der Vorbezugsdauer eine Rentenerhöhung statt, so werden sowohl Rente als auch die Vorbezugs Kürzung entsprechend erhöht.

Nach Ablauf der Vorbezugsdauer wird die Rente mehr neu berechnet. Nur die Vorbezugs-kürzung wird den effektiv vorbezogenen Renten angepasst. Die Differenz ist aber sehr gering.

Ein Zahlenbeispiel: Ein Mann bezieht seine maximale Altersrente ab 1. Oktober 2008 zwei Jahre früher. Diese wird um 13,6% gekürzt. Ab Oktober 2008 bis Dezember 2008 erhält er also 2210 Fr. – 301 Fr. = 1909 Fr. Per 1. Januar 2009 wurde die maximale Rente auf 2280 Fr. angehoben. Ab Januar 2009 bis September 2010 erhält er also 2280 Fr. – 310 Fr. = 1970 Fr. Per 1. Oktober 2010 wird der Vorbezugsabzug neu berechnet:

Er hat während der ganzen Dauer 3 × 2210 Fr. + 21 × 2280 Fr. = 6630 Fr. + 47880 Fr. = 54510 Fr. oder pro Monat 2271 Fr. vorbeziehen. + 3,6% davon sind 309 Fr.

Ab Oktober 2010 wird er also 1971 Fr. pro Monat erhalten.

Von «bei Weitem nicht mehr so deutlich reduziert» kann keine Rede sein. Wird per 1. Januar 2011 die Rente beispielsweise um 5% von 2280 Fr. auf 2394 Fr. erhöht, so erhält unser Mann ab 1. Januar eine Rente von 2394 Fr. – 324 Fr. (105% von 309 Fr.) = 2070 Fr.

Albert Equey, Ausgleichskassen 35/40/114 Basel

ANZEIGE

Aarberggasse 21, 3011 Bern
 Nach Vereinbarung zu vermieten
Praxisräumlichkeiten 200m2

- im 4. Stock, Lift
- frei unterteilbare Fläche

Für eine Besichtigung und weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Jordi Liegenschaften Bern AG
 Mülinenstrasse 23 · 3006 Bern
 Tel. 031 357 05 05 · Fax 031 357 05 06
 www.jordi-liegenschaften.ch
 www.immobien.ch
 immobilien@jordi-liegenschaften.ch